Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 142. Mittag-Ausgabe. Neunundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Montag, den 25. März 1878.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

72. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 23. März).

11 Uhr. Am Ministertische Leonhardt, Falk und mehrere Commissarien, später Fürst Bismarck, Dr. Friedenthal und Achenbach. In der Hofloge die Großherzoge von Baden und Mecklenburg-Schwerin, Prinz Wilhelm von Würtemberg und der Landgraf von Hessen. Die Tribünen sind überfüllt.

Präsident v. Bennigsen theilt dem Hause mit, daß Se. Majestät der Kaiser und König die von den Präsidien beider Häuser gestern überbrachten Glückwünsche des Landtags huldvollst und mit herzlichstem Dank entgegengenommen habe.

Nach der Debatte über das Ausführungsgesetz zum deutschen Gerichtsverfassungs-Gesetz, die wir in der Morgen-Nummer mittheilen werden, beginnt unter allgemeiner Spannung die erste Berathung des Nachtrags zum Staatshaushalts-Etat für 1878–79.

Zum Wort melden sich gegen die Vorlage Miquèl, Lasker, Hänel, Windthorst (Meppen), Richter (Hagen) und Virchow; für die Vorlage Schellwitz, Graf Bethusy-Huc, von Rauchhaupt, von Wedell (Malchow), von Minnigerode.

Abg. Miquèl: Die gegenwärtige Vorlage ist für das Haus eine Ueberraschung. Wir haben nur mit Mühe die Verlängerung der Session zum Abschluß der Justizgesetze erlangt, selbst auf das Risico eines kurzen gleichzeitigen Tagens mit dem deutschen Reichstage hin. Nun kommt plötzlich diese Vorlage, welche diese Zeit entschieden verlängern wird, wenn sie gründlich behandelt werden soll. Dadurch würden alle Dispositionen der Mitglieder umgestoßen. Die Vorlage wird also in diesem Augenblick selbst von Freunden ihres materiellen Inhalts nicht mit Freuden begrüßt. Derartige persönliche Stimmungen und Verstimmungen werden aber der durchaus objectiven Behandlung dieser wichtigen Vorlage keinen Abbruch thun. Diese Versicherung gebe ich für mich und meine politischen Freunde ab. Die Einbringung dieser Vorlage zu so ungelegener Zeit wäre nur gerechtfertigt, wenn sie unbedingt unaufschiebbare Gegenstände beträfe. Ein Theil dieser Vorlage leidet allerdings keinen Aufschub. Für das beantragte Gehalt für einen Vicepräsidenten des Staatsministeriums werden wir aus folgenden Erwägungen stimmen. Wir wollen durch diese Bewilligung den Reichskanzler von der Geschäftsüberbürdung, über welche er sich so häufig beklagt hat, entlasten. Hoffentlich wird derselbe dadurch dauernder und freudiger seinen sonstigen großen Aufgaben gerecht werden können. Durch die Etatisirung dieser Stelle wollen wir auch dem Reichskanzler keinerlei Schranken auferlegen, die etwa aus dem Umstande erwachsen könnten, daß bis jetzt thatsächlich der preußische Finanzminister diese Stelle bekleidet hat.

Diese Frage muß gerade jetzt bei der Neubildung des Ministeriums zur Entscheidung kommen; sie bedarf keiner eingehenden Prüfung und commissarischen Berathung. Anders steht es mit dem übrigen Inhalt der Vorlage. Hier ist nicht dieselbe Dringlichkeit vorhanden, im Staatsinteresse die nothwendige gründliche Prüfung nicht eintreten zu lassen, die auch in der Geschäftslage des Augenblicks nicht möglich ist. Die Einsetzung eines eigenen Eisenbahnministers und die Abtrennung des Eisenbahn-Ressorts vom Handelsministerium kann sachlich durchaus verschieden beurtheilt werden; und dies ist sicher auch im Hause der Fall. Selbst die Freunde des materiellen Inhalts der Vorlage müssen Bedenken tragen, die Vorlage in dieser Form und unter diesen Umständen anzunehmen. Ist die Regelung der Competenz des neuen Ministers in Hinsicht auf die Verwaltung der Staatsbahnen und auf die Ausübung des Hoheitsrechts des Staates in Beziehung auf die Privatbahnen in der Form eines bloßen Etatsnachtrages möglich? Ich muß das verneinen. In vielen unserer Gesetze ist der Handelsminister mit wichtigen Befugnissen ausgestattet und selbst da, wo es sich um reine Eisenbahnsachen handelt, ist es zweifelhaft, ob man dem Handelsminister diese Befugnisse übertragen haben würde, wenn er nur ein einseitiger Eisenbahnminister gewesen wäre. (Sehr richtig!) Mit der Annahme der Vorlage in dieser Form wird eine Anarchie in Beziehung auf die Competenz in einer der wichtigsten Fragen eintreten. (Sehr richtig!) Wenn die Competenz eines Ministers durch Gesetz geordnet ist, dann kann dieselbe nur durch Gesetz, nicht durch Decret abgeändert werden. Ehe Sie die Vorlage votiren und die Mittel zu einem neuen selbstständigen Eisenbahnministerium gewähren, müssen Sie sich fragen: wie sind bisher die Competenzen geordnet gewesen? und müssen in einem neuen Gesetz diese Competenzen regeln. Ist dies aber eine Aufgabe, die jetzt gelöst werden kann, ist dies überhaupt eine Aufgabe, die ohne Vorprüfung Seitens des Staatsministeriums gelöst werden kann allein durch das Abgeordnetenhaus? Diese Frage muß verneint werden. Ich komme nun auf die Sache selbst und kann in dieser Beziehung nicht garantiren, daß ich nur die Meinung der vollen Mehrheit meiner politischen Freunde ausdrücke, obwohl ich glaube, daß ich im Großen und Ganzen mit denselben übereinstimme.

Ich bin nicht grundsätzlich gegen die Uebertragung des Eisenbahnwesens an ein besonderes Ministerium, aber es würde eines gründlichen Studiums bedürfen, wenn das Haus sich über die dabei nothwendigen Modalitäten entscheiden sollte. Wie die Vorlage liegt, kann ich sie auch sachlich nicht acceptiren. Die erste Frage ist die, ob es rathsam ist, die Aufsicht über das Privateisenbahnwesen und die Verwaltung des Staatseisenbahnwesens in eine Hand zu legen. Wir haben uns seit längerer Zeit bemüht, diese beiden Ressorts, in denen das fiskalische Interesse des Staates mit seiner Aufgabe als Staat, mit seinem Hoheitsrecht in Widerspruch steht, thunlichst auseinanderzuhalten. Auch die Staatsregierung hat diesen Standpunkt eingenommen. Im gegenwärtigen Handelsministerium ist die Beaufsichtigung der Privatbahnen und die Verwaltung der Staatsbahnen Sache zweier selbstständiger Abtheilungen. Dieser kleine Schritt zur Besserung würde hinfällig werden, wenn wir die Vorlage, so wie sie liegt, annehmen, und die Lage der Dinge würde sie in dieser Beziehung noch verschlimmern. Ein Handelsminister, der im Allgemeinen Handel und Gewerbe, der eine Reihe von Interessen zu vertreten hat, die mit den einseitigen Eisenbahn- und fiskalischen Interessen sogar im Widerspruch stehen, giebt mehr Garantie einer objectiven Behandlung dieser Angelegenheit, als ein Eisenbahnminister, der beide Aufgaben zu verfolgen hat. Man könnte nun sehr wohl erwägen, ob nicht die Ausübung des Hoheitsrechts und das Eisenbahnwesen überhaupt in der Hand des Handelsministers bleiben könnte, während Bau und Verwaltung des Staatseisenbahnwesens einem besonderen Minister übertragen wird. Zugleich kommen wir auf die weitere Frage: ist es denn nicht gerathen, überhaupt noch das übrige Bauressort aus den anderen Ministerien auf diesen Minister zu übertragen? Könnte man nicht auch die Canäle diesem Minister mit überweisen? Der Handelsminister ist betreffs des Wegebaues durch die Provinzialgesetzgebung entlastet worden; er hat hierin nur noch eine ganz untergeordnete Aufsichtsbefugniß, welche ebenfalls demselben Minister übertragen werden könnte.

Eine andere wichtige Frage wird durch diese Vorlage sofort in den Vordergrund gedrängt, ob es sich überhaupt noch lohnt, nachdem man das gesammte Eisenbahnwesen einem besonderen Ministerium übertragen hat, das Handelsministerium überhaupt noch beizubehalten. Die Post und Telegraphie hat der Handelsminister verloren, das Eisenbahnwesen hat er verloren, bezüglich des Wegebaues und des Bauwesens ist er aufs Aeußerste entlastet; was bleibt nun noch? Der Handel? Die Einwirkung des Handelsministers auf den Handel ist direct nicht sehr erheblich. (Heiterkeit.) Für die Verwaltung der Bergwerke und Salinen allein kann man doch kein Handelsministerium mehr beibehalten. (Sehr richtig.) Man klagt mit Recht, daß der Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten nicht genügend beschäftigt sei; könnte man dann nicht Landwirthschaft, Gewerbe, Handel und Industrie zusammenbringen? Das würde den agrarischen Anschauungen entgegenwirken, und auf der anderen Seite habe ich jetzt Vertrauen, daß man begriffen hat, daß Handel, Gewerbe und Industrie mit den Interessen der Landwirthschaft sich in Harmonie befinden. (Beifall.) Diese wichtigen Vorberathungen machen es selbst bei der freundlichsten Stellung gegenüber den Tendenzen, die diese Vorlage dictirt haben, unmöglich, dieselbe gegenwärtig, so wie sie liegt, anzunehmen. Ich glaube, daß der Ministerpräsident durch Einsetzung eines selbstständigen Eisenbahn-Ministeriums, seiner Politik die Machtstellung des Staates auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens zu vergrößern, Vorschub leisten will, daß er glaubt, diesen Minister während der Uebergangsperiode nöthig zu haben. Da ich für die Uebertragung des Eisenbahnwesens auf das Deutsche Reich gestimmt habe, so kann von mir nicht angenommen werden, daß ich der Politik des Reichskanzlers in dieser Beziehung irgendwie entgegentrete.

Wenn man sich mit uns über die Modalitäten und Garantieen verständigt, so sind wir vollständig bereit, dieser Frage in der objectivsten Weise näher zu treten. Aber die Vorlage kann nicht so unbesehen hingenommen werden. Sie ruft die Frage wach, ob das Reichseisenbahnproject, ob die Concentration der deutschen Eisenbahnen in der Hand des Reiches aufgegeben ist; diese eminent wichtigen Fragen dürfen nicht über das Knie gebrochen werden. Die Volksvertretung muß mit voller Gründlichkeit prüfen und entscheiden, und der Reichskanzler kann nur Gewicht legen auf die Unterstützung selbstbewußter, einer eigenen Ueberzeugung fähiger Männer (Sehr wahr). Ich behandle die Vorlage grundsätzlich nicht feindlich. Wenn uns in der nächsten Session eine Vorlage gemacht wird, so zweifle ich nicht daran, daß wir uns mit dem Reichskanzler über die Modalitäten einigen werden. Die Uebertragung der Domänen und Forsten auf das landwirthschaftliche Ministerium hat in diesem Hause viele Freunde; das ist keine politische Frage. Allerdings ist ein solcher Antrag früher von den liberalen Parteien abgelehnt worden, aber nur weil er denselben damals nicht opportun schien, weil er ein Mißtrauensvotum gegen den damaligen Finanzminister bedeutet hätte. Ich bin für die Uebertragung, weil in dem Ressort des Finanzministers die Forstverwaltung überwiegend in fiscalischem Interesse geführt wird, der Staat hat aber mit seiner Forstverwaltung große wirthschaftliche und Culturaufgaben zu erfüllen und diese stehen häufig in Widerspruch mit den fiscalischen Interessen. Der Ackerbauminister ist viel besser als der Finanzminister im Stande, die Culturaufgaben des Staatsforstbesitzes zu erfüllen. Daß er einseitig diese Aufgaben nur ins Auge fassen werde, dagegen schützt uns die Tradition des preußischen Beamtenthums und die Einwirkung des Landtages. Die Uebertragung entspricht auch den Wünschen der deutschen Forstbeamten und der deutschen Landwirthschaft.

Für die Uebertragung der Domänen sprechen dieselben Gründe, welche ich in Beziehung auf die Forsten angeführt habe. Die Uebertragung der Forsten reißt auch die der Domänen unbedingt nach sich. Ein fortdauernder Austausch zwischen Forst- und Domanialbesitz findet fortwährend statt und ist unbedingt nothwendig. Sind Sie nicht der Ansicht, daß Forsten und Domänen zusammen bleiben müssen, dann nehmen Sie wenigstens dem landwirthschaftlichen Ministerium die Ausübung der staatlichen Hoheitsrechte über das Forstwesen und geben Sie dieselben dem Finanzministerium. Ich stehe also der in Rede stehenden Frage persönlich sehr freundlich gegenüber, aber in der gegenwärtigen Sachlage kann sie nicht erledigt werden. Diese Frage kann nicht geregelt werden, ohne daß der preußische Finanzminister dabei hat gehört werden können. Der frühere Finanzminister war gegen die vorgeschlagene Maßregel, meiner Meinung nach mit Unrecht. Gegenwärtig aber ist ein Finanzminister nicht vorhanden, der bei dieser wichtigen Frage seines Ressorts mitsprechen könnte. Wir können nicht hinter dem Rücken des früheren und des künftigen Finanzministers in Eile diese Frage entscheiden. Der neue Finanzminister kennt ja die Stellung des Staatsministeriums zu dieser Frage und wird sich im Einklang mit demselben befinden müssen. Derselbe wird dann die Vorlage im Herbst vertreten können. Eile scheint mir also nicht nothwendig zu sein. Wenn aber Eile nothwendig wäre, wenn man dieses finanzministerielle Interregnum benutzen müßte, um diese Vorlage einzubringen: dann, m. H., würde ich wegen der sachlichen Begründung derselben bedenklich werden. Wenn man angesichts der Einmüthigkeit der Regierung und des Landtages die Gründe des nächsten Finanzministers fürchtet, dann muß ich an meinem eigenen Urtheil zweifeln und mich fragen, ob ich nicht gut thue, die Gründe des sachkundigen Inhabers des Finanzressorts abzuwarten.

Dieselben Schwierigkeiten, die ich bezüglich der Regelung der Competenzverhältnisse des Eisenbahnministeriums gekennzeichnet habe, treten mehr oder weniger auch hier zu Tage, denn es giebt eine ganze Reihe von Bestimmungen, von denen man nicht weiß, ob sie dem Finanzminister mit Rücksicht auf den Besitz des Ressorts der Domänen und Forsten übertragen sind, oder nicht, und bezüglich deren es zweifelhaft wird, wohin man nun nach der veränderten Competenz die gesetzlichen Befugnisse legen soll. Ueberdies will ein großer Theil meiner politischen Freunde bei einer solchen Uebertragung Zeit und Muße gewinnen, verschiedene Grundsätze in Bezug auf die Domänenverwaltung, die sich jetzt in der Instruction der Oberrechnungskammer finden, einer genauen Prüfung zu unterziehen. Ich glaube also, daß selbst derjenige, der einer Verschmelzung des Ressorts der Forst- und Domänenverwaltung mit dem landwirthschaftlichen Ministerium durchaus freundlich gegenüber steht, doch genöthigt sein kann, der Ausführung dieser Maßregel im gegenwärtigen Augenblick seine Zustimmung zu versagen. Sie werden mir zugeben, daß dadurch in der Sache nichts verloren ist. Dem künftigen Finanzminister gegenüber ist es eine gewisse Rücksicht, wenn wir auf ihn warten, dem landwirthschaftlichen Minister gegenüber keine Rücksichtslosigkeit, wenn wir sein Ressort nicht jetzt, sondern erst im Herbst erweitern. Ich glaube also in voller Uebereinstimmung mit meinen politischen Freunden zu handeln, wenn ich Ihnen vorschlage, die Vorlage in demjenigen Theile, wo Eile nöthig ist, wo es sich darum handelt, dem Reichskanzler in der Erleichterung seiner großen Aufgaben entgegen zu kommen, sofort anzunehmen, im Uebrigen aber den Entwurf zur Zeit abzulehnen und uns jede definitive Entscheidung für eine spätere Vorlage vorzubehalten. (Beifall.)

Fürst Bismarck: Der Vorredner hat unsere Vorlage mit beredteren Worten vertreten, als ich es im Stande sein würde, auch wenn ich vollständig gesund und nicht in der Lage wäre, wegen Unwohlseins die Nachsicht des Hauses in Anspruch nehmen zu müssen. Es hat mir einen eigenthümlichen Eindruck gemacht, die einzelnen Positionen vom Vorredner mit der ihm eigenen klaren Beredtsamkeit vertheidigen zu hören und zu sehen, daß er doch zu dem Conclusum kam, er müsse gegen dieselbe stimmen mit Ausnahme eines von den drei Punkten, die sie in der Hauptsache betrifft. Das Hauptmotiv für ihn ist, daß die Vorlage intempestiv, nicht dringlich und nicht hinreichend vorbereitet sei. In letzterer Beziehung muß ich aber sagen, geben die Ansprüche, die er an eine gründliche Vorbereitung stellt, so weit, daß ich glaube, wenn wir sie alle erfüllen sollten, ehe wir solche Reform in der Ministerialverfassung einbringen, kaum die Jüngsten von uns das erleben würden, ich wenigstens habe keine Aussicht darauf. Was die Ungelegenheit der Zeit betrifft, so muß ich in der Beziehung, auch mit Rücksicht auf die Aeußerung des Abg. Richter in der letzten Sitzung, in welcher er die Schuld für diese Ungelegenheit der Regierung zuzuschieben suchte, doch historisch erwähnen, wie diese Interimssession, in der wir uns gegenwärtig befinden, zu Stande gekommen ist. Als ich nach Berlin kam, war die Sachlage die, daß der Landtag seine Sitzungen vertagt hatte, aus der im ganzen Reiche in der Regel geübten Rücksicht, daß dem Reichstage das Feld freigelassen bliebe. Ich nahm an, und mit mir meine sämmtlichen Collegen im preußischen Ministerium, daß diese Haltung des Landtages so lange dauern werde, bis das Hinderniß seiner Sitzungen, nämlich die Reichstagssitzungen, aufhörten. Ich war der Ansicht, daß der Landtag überhaupt nicht vor Schluß des Reichstages seine Thätigkeit wieder aufnehme, ich habe auch, seit ich hier bin, nichts gehört und erlebt, was mich in dieser Ansicht hätte irre machen können. Ich bin bei dieser Ansicht geblieben, bis ich die Tagesordnung des preußischen Landtages, die ich zuerst für eine des Reichstages hielt, bekam (Heiterkeit) und darauf zu gleicher Zeit eine Tagesordnung des Reichstages, auf der ich zuerst das Datum nicht gelesen hatte, die sich aber, wie ich später sah, nicht auf den nächsten Tag, sondern auf einen Tag der nächstfolgenden Woche bezog.

Der Landtag war ja vollkommen in seinem Recht, wenn er zu Sitzungen zusammentrat; aber das Ministerium war davon nicht unterrichtet (Unruhe); ich habe bei meinen Collegen danach gefragt, ob einer von ihnen amtlich davon unterrichtet gewesen wäre; sie haben es verneint, und ich erwarte, daß der Act, durch welchen die Regierung vor dem Erlaß der betreffenden Tages-Ordnung unterrichtet wurde, vorgelegt wird. Es kann ja an meiner Nachlässigkeit gelegen haben, aber ich glaube nicht, daß er existirt. Ich habe angenommen, daß der Landtag erst nach Schluß des Reichstages seine Thätigkeit wieder aufnehmen würde und, daß wir Zeit haben würden, die Vorlage, welche wir Ihnen noch zu machen hatten, vorzubereiten. Wenn nun jetzt, nachdem die Sitzungen früher, als erwartet wurde, aufgenommen sind, die Vorlage hergestellt worden ist, so haben wir doch diligentia praestirt, so weit wir konnten. Man könnte sagen, wir hätten in der ersten Sitzung vor 8 Tagen die Vorlage einbringen können: ja, da war die Vorlage nicht fertig; in einem Ministerium, dem der Minister des Innern fehlt, dem die Thätigkeit des Finanzministers seit fast zwei Wochen entzogen ist, arbeiten sich die Vorlagen nicht so rasch aus; sie wollen entworfen sein, es hat eine erhebliche calculatorische Arbeit in den Budgetfragen, es haben Berathungen im Staatsministerium stattgefunden, es mußte die Ermächtigung Sr. Majestät erbeten werden, das alles sind Sachen, die wir nicht in 24 Stunden, nicht einmal in drei Tagen, herstellen können auch bei dem größten Fleiß in Arbeiten. Hätte ich geglaubt, daß diese Vorlage auf Schwierigkeiten stoße, daß irgend eine längere Arbeit erforderlich sein würde, so wäre es ja indicirt gewesen, daß der Landtag jetzt geschlossen und nach dem Schluß des Reichstages wieder einberufen würde, um diese Angelegenheit zu erledigen. Es kommt das ganz darauf an, wie viel Sitzungen wir brauchen. Können wir die Sache in ein oder zwei Sitzungen erledigen, so wird ja der Reichstag so lange sich wohl gedulden müssen, obschon mir von den außerpreußischen Abgeordneten in meiner Eigenschaft als Reichskanzler wiederholt der Vorwurf gemacht wird, daß der größte Staat Deutschlands, in dem die Berufung und Schließung des Landtages vom Deutschen Kaiser abhängig ist, ein Beispiel giebt, welches, wenn Andere es nachahmen, von uns getadelt zu werden pflegt.

Wenn aber die Sache so viel Vorbereitung erfordert, wie der Vorredner meint, dann werden wir, so ungern wir daran gehen, einer neuen Sitzung nach Schluß des jetzigen Reichstages uns nicht entziehen können (Bewegung). Der Vorredner hat eingewendet, daß diese Dinge nicht dringlich seien. In Bezug auf den stellvertretenden Ministerpräsidenten, den er selbst bewilligen will, fällt diese Frage fort. Ich halte sonst auch diesen Punkt für dringlich, wenn das beschlossene Reichsstellvertretungsgesetz überhaupt zu einer Wahrheit werden soll, wenn die Reform im Finanzwesen durch näheres Aneinanderschließen der preußischen und der Reichsverwaltung sich verwirklichen soll, weil ich daran zweifele, daß bei diesem Umfange der finanzministeriellen Geschäfte, auch selbst nach Abtrennung der Domänen und Forsten, der Finanzminister die nöthige Muße und Arbeitskraft haben werde, um das Ministerpräsidium und mit demselben die Geschäfte des Reichskanzlers zu vertreten. In früheren Zeiten mögen die Geschäfte im Finanzministerium weniger umfänglich gewesen sein, oder weniger Arbeit erfordert haben, denn die Zeit, die ich vor 1866 mit meinem finanzministeriellen Collegen verlebt habe, hat auf mich nicht den Eindruck gemacht, als ob er damals mit Arbeit überlastet gewesen wäre. (Heiterkeit.) Die finanzministerielle Maschine, wenn ich so ohne kränkende Nebenbedeutung sprechen darf, ist so vorzüglich organisirt und arbeitet bei der wohlgeschulten Beschaffenheit ihrer Organe so sicher, daß der Finanzminister, der einen weiteren Ehrgeiz nicht hat, mit der Unterschreibung der Concepte und Munda sich Jahre lang über Wasser halten kann (Heiterkeit), ohne daß ein Mangel an Thätigkeit, ja selbst ein Mangel an Beruf sehr augenfällig in der Oeffentlichkeit bekannt geworden wäre. Aber ich halte es kaum für möglich, daß der Finanzminister, der eigentlich der natürliche stellvertretende Vorsitzende in Preußen ist, nebenbei noch die Präsidialgeschäfte übernehmen könnte. Insofern halte ich auch die Bewilligung eines Stellvertreters für dringlich.

Für besonders dringlich halte ich namentlich die Eisenbahnseite der Vorlage und in gewissem Maße auch, gerade aus dem Grunde, weil jetzt der Posten des Finanzministers unbesetzt ist, die Frage der Verlegung der Forsten. Ich will mich zunächst mit der Eisenbahnfrage beschäftigen. Die Vorlage, die uns heute beschäftigt, ist von mir zuerst vor 15 oder 16 Jahren im Jahre 1862 gemacht worden, und ich habe damals zuerst die Schwierigkeiten kennen gelernt, die es hat, von einem Ressort etwas abzutrennen; mit einer Zulegung von Geschäften sind sie alle, auch wenn sie überbürdet sind, aus einem gewissen natürlichen und unberechtigten Ehrgeize zu herrschen, bereit. Ich habe damals erlebt, daß sofort die Cabinetsfrage gestellt wurde und zwar zu einer Zeit, wo es recht schwer war einen Minister zu finden, der die Verantwortung für unsere Finanzen übernehmen wollte. Es wurde auch an das Element der Gemüthlichkeit appellirt, als wenn es sich um eine Corpsverbindung handelte; es wurde zur Ehrensache gemacht, sich nicht zu trennen, ein einig Ministerium von Brüdern zu bleiben (Stürmische Heiterkeit), und es wurde jede Befürwortung einer solchen Trennung gewissermaßen als Verrath an der Corpsfarbe bezeichnet. In der Hauptsache aber war es immer der Finanzminister, der etwas abgeben sollte, und wenn er auch selbst mit einem geringeren Geschäftsumfang zufrieden gewesen wäre, so waren es seine höheren Untergebenen, die es als Ehrensache betrachteten, sich dies nicht verkürzen zu lassen. Ich bin darauf in bewegten Zeiten vielleicht den inneren Angelegenheiten mehr entfremdet worden, aber ich bin vor 4 bis 5 Jahren sofort wieder in Zeiten der Ruhe auf diese Angelegenheit zurückgekommen; ich habe versucht, in irgend einer Gestalt den Mängeln, an denen, wie ich glaube, unser Eisenbahnwesen leidet, Abhilfe zu schaffen gerade dadurch, daß das Eisenbahnwesen einer isolirten Verantwortung unterzogen werden sollte.

Denn derjenige, der die Verwaltung zu führen hatte, konnte doch unmöglich alle Details erlernt haben und alles verstehen, um direct zu verwalten; er fühlte sich gedeckt durch die Verantwortlichkeit eines anderen und mußte in der Regel sagen: ich habe mir die Sache von technischer Seite vortragen lassen. Er sollte selbst vor Ihnen, vor seinen Collegen und vor dem Könige persönlich mit Wort und Schrift das verantworten, was in seiner Eisenbahn-Abtheilung geschieht. Die Ueberzeugung von dieser Nothwendigkeit hat mich schließlich auf den Gedanken gebracht, Ihnen die Reichseisenbahnvorlage zu machen. Ich habe diesen Weg gewählt, einmal, weil ich dachte, daß es die Gerechtigkeit gegen das Reich erforderte, eine stärkere Concentration der Eisenbahnverwaltung, Gesetzgebung, wenn sie überhaupt erstrebt wurde, zunächst dem Reiche anzubieten und erst wenn das Reich es ablehnt, sich damit zu befassen, daß erst dann dem preußischen Staate die Aufgabe zufallen würde, eine feste Führung der nationalen Eisenbahnpolitik auf eigene Rechnung zu übernehmen bis zu dem Zeitpunkte, wo vielleicht das Reich sich bereit finden ließe, ohne die gänzlich unberechtigte Besorgniß für die Eigenmacht der einzelnen Bundesstaaten, auf den Reichseisenbahngedanken einzugehen. Ich habe diesen Weg auch deshalb gewählt, weil ich die Ueberzeugung hatte, daß, wenn diese Aufgabe eine nationale wäre, sie mit weniger Bedenklichkeiten zu kämpfen hätte und mit frischeren Kräften in Angriff genommen werden könnte. Könnte ich Ihnen hier irgend einen nationalen Gesichtspunkt geltend machen, so würde Ihre Zustimmung nicht so sehr von des Gedankens Blässe angekränkelt sein. Es hat sich das bestätigt, was einmal Jemand trivial ausdrückte: das Reichspferd zieht besser, als das Staatspferd (Heiterkeit).

Der Gedanke, dessen Verwirklichung ich anstrebe, hat nach langen Kämpfen die Zustimmung aller Minister erhalten, der bisherige Finanzminister war nicht von Hause aus von seiner Richtigkeit überzeugt. Nachdem wir im Prinzip diese Zustimmung erhalten, ist es gelungen, den preußischen Landtag zu einer Aufgabe der Entsagung zu Gunsten des Reichs zu gewinnen. Es schien also vor drei Jahren die Sache außerordentlich günstig. Ich bin schon damals mit der Inangriffnahme vertröstet worden: Im Sommer hieß es, daß das Budget dringender sei, im Herbst: es müsse vor Allem das Budget bis Januar fertig gestellt werden und im Januar sagte man, daß es jetzt wohl fast zu spät sein würde, die Vorlage gründlich zu erledigen. So wurde ich procustirt und in meinen Entschließungen und Erwartungen dilatorisch behandelt (Große Heiterkeit), in einer Weise, die für mich geradezu persönlich kränkend war. Ich hatte die Bewilligung der Sache im Prinzip und obschon ich Ministerpräsident war, war ich absolut unfähig, die Sache auch nur schrittweise vorwärts zu bringen, die Bewilligung half mir gar nichts, weil mir im concreten Fall passiver Widerstand geleistet wurde — von welcher Seite, ist bei der Verwickelung der Sache nicht genau zu ermitteln. Und mit solchem Erfolg wurde dieser Widerstand geleistet, daß ich seitdem nicht im Stande gewesen bin, ob und in welcher Form mir vom Reich wahrscheinlich einen Korb zu holen; es ist nicht gelungen, auch nur ein annäherndes Verständniß zwischen dem Handels- und Finanzministerium über

die Schätzung der Gegenstände, über die Summen, die man etwa vom Reiche verlangen könnte, und über die Form, in der die Sache behandelt werden könnte, innerhalb des preußischen Staatsministeriums zu Stande zu bringen. Ich kenne die Summe noch nicht auch nur annähernd. Und wenn heute der Abg. Miquel auf den nächsten Herbst vertröstet, dann wird es jedenfalls auch heißen, daß erst das Budget erledigt werden müßte, um dem Reichstage und dessen Budgetberathung Platz zu machen.

Wenn ich nun seit Jahren fort und fort vertröstet worden bin und wenn ich fühle, daß meine Kräfte abnehmen und daß ich nicht lange mehr für die Sache, die ich für nothwendig halte, werde thätig sein können, dann muß ich als redlicher Patriot und in patriotischem Gefühl für die Sache eintreten und kann für meine Person keine Verantwortlichkeit für weiteren Zeitverlust und ein längeres Hinausschieben der Sache nicht übernehmen. Es sind in unseren Eisenbahnverhältnissen ja noch manche Zustände, die auf das wirthschaftliche Gebiet dermaßen zurückwirken, daß es Zeit ist schon mit Rücksicht auf den wirthschaftlichen Nothstand der Frage näher zu treten. Ohne Schaden kann es 9 bis 12 Monate länger nicht so bleiben und es ist unsere Pflicht, die Sache früher anzufassen. Ich will nur einige Beispiele anführen, wie augenblicklich die Eisenbahnpolitik auf die anderen wirthschaftlichen Verhältnisse zurückwirkt. Von der königlichen Forstverwaltung sind mir Thatsachen zugegangen, die durch Zahlen belegt werden können, wie die Erträge der Forsten zurückgegangen. Speciell in Schlesien, von der österreichischen Grenze Ratibor bis zur Warthe herunter sind die Holzpreise beträchtlich gefallen, und ist da, wo früher der beste Absatz war, das Holz unverkäuflich geworden, weil durch die billigen Transportpreise auf den österreichischen Bahnen das österreichische Holz billiger zu haben ist als das preußische. Den Ausfall in unseren Staats-Einnahmen müssen wir durch directe Steuern decken, heißt das nun nicht, daß wir einen Theil unserer directen Steuern an Oesterreich geben? Aehnlich liegen die Verhältnisse für die Loheschläge. Die ungarische Lohe ist in Schlesien billiger zu haben, als die aus den naheliegenden Forsten. Das sind unnatürliche Verhältnisse, durch die unsere ganze wirthschaftliche Gravitation und Dauerhaftigkeit nach der Willkür einzelner Eisenbahnverwaltungen verschoben wird, in einer Weise, auf die kein Mensch sich einrichten kann.

Die Eisenbahnen sind bei der jetzigen Zerfahrenheit in der Lage, durch wohlfeilere Transporte, durch Begünstigung der Expeditionsmodalitäten ein größeres industrielles Etablissement zu fördern und ein anderes zu ruiniren ganz nach Willkür. Das sind unnatürliche Zustände, unter der die Stetigkeit und Regelmäßigkeit unserer wirthschaftlichen Entwickelung leidet. Wenn es mir seit 5 Jahren nicht möglich war, durch Eingreifen in unser Eisenbahnsystem dem abzuhelfen, so kann ich doch meine Zustimmung dazu nicht geben, diesen 5 Jahren noch ein sechstes Jahr hinzuzusetzen. Ich will die Frage, ob wir ohne Mitwirkung des Landtages, also ohne größere Geldausgabe, als das Budget uns gewährt, in der Lage sind, durch königliche Verordnung, ich will nicht sagen die ganze Vorlage, aber doch die dringenden Bedürfnisse erledigen können, nicht erörtern. Ich will nicht juristisch untersuchen, ob wir nach Artikel 45 der Verfassung, nach welchem dem König die Executivgewalt und die Ernennung der Minister zusteht, ob die Gegenzeichnung eines Ministers genügt oder nicht — denn das würde zu Competenzfragen führen, zu Streitigkeiten und ich wünsche diese Frage im Einverständniß mit Ihnen zu erledigen und nicht ein Conflictsobject zu schaffen. Aber erledigen müssen wir die Frage, ich muß sie erledigen, oder ich kann mit gutem Gewissen in meinem Posten nicht weiter bleiben. (Bewegung.) Die Zeit und die Möglichkeit der Erledigung dieser Vorlage ist da, ohne daß auch nur die Spur von einem Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten vorhanden ist. Ich will die Möglichkeit, daß ich durch die Beschlüsse des Landtages zu einem anderen Wege gedrängt werde, nicht besprechen; aber ich werde mich dem nicht versagen können, wenn ich durch die Landtagsbeschlüsse in die Lage versetzt werde, auch andere Wege einzuschlagen. (Unruhe.) Der Vorredner hat über die Zweckmäßigkeit im Ganzen kein abfälliges Urtheil abgegeben, aber einige rationes dubitandi angeregt. Er hat gemeint, daß es nicht zulässig sei, gewisse in Gesetzen dem Handelsminister übertragene Befugnisse dem Eisenbahnminister zu übertragen.

Ich weiß nicht, ob wir genau genommen einen Handelsminister haben; wir haben einen Minister für Handel, Gewerbe und Bauwesen; ich weiß nicht, ob dieser Titel überall wiederholt ist; ich bin auf diese Bedenken nicht gekommen. Wir könnten ja auch zwei Handelsminister haben, wie wir zwei Justizminister gehabt haben; und die ratio des Gesetzes würde ja entscheiden, welcher von beiden, ob der Handelsminister oder der Eisenbahnminister, die betreffende Ermächtigung haben soll. Das brauchen wir nicht in jedem einzelnen Gesetze zu ändern, das würde selbstverständlich sein. Daß die Interessen des Handels und Verkehrs bei einem Minister, der zugleich Eisenbahnminister ist, mehr geschützt sein sollen, als bei einem selbstständigen Eisenbahnminister, kann ich nicht zugeben. Im Gegentheil, ein Minister, der sich ausschließlich als Vertreter der Handelsinteressen fühlt, wird seinem Eisenbahncollegen freier entgegentreten und seine Interessen vor Schädigung besser bewahren. Wenn man nun sagt, daß, wenn man einzelne Punkte im Ministerium ändert, gleich noch andere Verbesserungen eintreten könnten, so muß ich doch bemerken, daß die, die eine Reform nicht wollen, mit solchen Einwänden kommen, und darüber unterbleibt dann die ganze Sache. Der Abg. Miquel ist in den Zielen mit uns einverstanden, dann kann ich aber seine Conclusion nicht verstehen, daß er den Fußpfad der Opportunität eingeschlagen hat. Ein Bautenminister ist auch ein Theil des Programms, das ich seit 15 Jahren vergeblich vertrete, die Abtrennung der Domänen und Forsten vom Finanzministerium ist ebenfalls ein alter Plan; vielleicht ließe sich auch sagen ein Gewerbeministerium müßte geschaffen werden; Landwirthschaft und Handel sind auch Gewerbe, also müssen diese alle in einer Hand sein, damit sich die zusammengehörigen Interessen nicht bekämpfen und entgegentreten. Das Alles kann wohl das Ziel der Bestrebungen sein, aber lassen Sie uns erst einen Schritt vorwärts machen, den wir übersehen können; die Schwierigkeiten aus dem alten, gewohnten Geleise herauszukommen, gestatten es nicht, daß die Minerva gleichsam geharnischt herausspringe aus dem Haupte des Finanzministers, der nicht da ist. (Heiterkeit.)

Wie sich die Regierung zu derartigen Dingen in Zukunft stellen wird, das wird wesentlich davon abhängen, wie sich die Verhältnisse im Handels- und Finanzministerium gestalten, und wenn ich meine Collegen dazu gewinnen kann, so werde ich versuchen, der Sache näher zu treten. Dazu muß man aber erst die Personen kennen, denn dies ist mehr eine Personen- als eine sachliche Frage. Ich muß erst sehen, wer preußischer Finanzminister wird und wie sich nach der Vorlage das Handelsministerium gestaltet; denn Sie müssen bedenken, daß wir die Finanzminister nicht immer fertig auf Lager haben oder bekommen können (Heiterkeit). Das liegt in der Natur der Sache. Ich habe mich von dem Collegen, mit dem ich neun Jahre lang in guten und schlechten Zeiten, in Frieden und Unfrieden zusammen gearbeitet habe, schwer getrennt, und habe nicht sofort bei dem ersten Anzeichen des Unmuths die Hand dazu geboten, daß dieser Abschied beschleunigt wurde, bis er mit einer Entschiedenheit, die die Hoffnung auf Umkehr ausschloß, auf seiner Entlassung beharrte. So lange der Abschied nicht bewilligt war, war es nicht thunlich, Verhandlungen mit anderen Personen anzuknüpfen. Diese Verhandlungen sind nicht leicht. Es sind viele Leute geneigt, ein weniger verantwortliches, ein weniger kampfversprechendes Ministerium zu übernehmen, wenn es vacant wird, aber zu einem Finanzminister angesichts der finanziellen Reformen, die bevorstehen, angesichts der Stellung, die die Mehrheit des Reichstages dazu genommen hat, dazu gehört ein Mann von einigem Muth, der sich dazu entschließt. Es erfordert Verhandlungen, man hat sich mit Jedem einzeln stundenlang zu besprechen, ob er mit diesen oder jenen Bedingungen einverstanden ist; aber Verhandlungen müssen doch vorher stattfinden, aber nicht nachher.

Außerdem steht die Ernennung des Finanzministers dem König zu; ich muß also Sicherheit haben, daß, wenn Se. Majestät für ein so wichtiges und durch neue Attribute noch wichtiger zu machendes Ministerium einen Minister ernennt, derselbe politisch dem Monarchen genehm sei, denn im Conflict mit dem Monarchen die Sache treiben, ist für einen Minister nicht thunlich. Nach dem Wortlaut der Verfassung ist das eine undurchführbare Aufgabe. Ich bitte Sie, sich darüber nicht zu täuschen, daß es nach unserer Verfassung der König ist, dem allein das Recht zusteht, und der auch vollständig bereit und im Stande ist, dieses Recht auszuüben. Allein ich möchte Sie in erster Linie bitten, dem Weg, den der Vorredner vorgeschlagen hat, nicht zu folgen, und mich nicht auf den nächsten Herbst oder sagen wir, auf das nächste Frühjahr 1879, also jetzt ungefähr übers Jahr, mit diesen Reformen zu vertrösten. Wir alle wissen nicht, wer von uns dann noch lebt und jetzt ist es tempus utile zu handeln. Benutzen wir das. Die Frage, ob man einem eben eintretenden Finanzminister vorschreiben könne, daß er nur unter der Bedingung eintritt, wie ich es allerdings wünsche, erschwert auch die Gewinnung eines Finanzministers in ganz erheblichem Maße, und bei mir ist es die 15jährige Erfahrung, die mir empfohlen hat, den Moment zu benutzen, wo kein Finanzminister da ist (Heiterkeit), und wo man durch einen solchen nicht gehindert wird. Ich möchte sagen: ich würde dem Monarchen nicht eher eine Ernennungsordre für einen Finanzminister vorlegen, als bis diese Sache wenigstens mit dem neu zu Ernennenden, vielleicht auch, bis diese Sache überhaupt geregelt ist; denn ich bin in dieser Beziehung — in Betreff des Schiebens auf die lange Bank — und in Betreff des Sagens: nur jetzt nicht — ein gebranntes Kind und ich bin nicht mehr in der Gesundheit, um auf Dinge, die mir so am Herzen liegen wie diese, lange warten zu können, wenn ich Hand an sie noch legen will. Wenn die Herren nicht im Stande sind, uns diese Einrichtung zu bewilligen, dann muß ich mir freilich die Entschließung vorbehalten, ob ich zu einem Auskunftsmittel greife, das mich sicher und ohne Conflict mit Ihnen zum Ziele führen würde, oder ob ich mich amtlich außer Verantwortung stellen will, oder ob Sie uns die Zeit bewilligen wollen, die ich zu haben glaubte, nämlich die Vorlage mit dem Maße von Gründlichkeit, das vielleicht auch den Abg. Miquel befriedigt hätte, auszuarbeiten und sie Ihnen im Monat Mai wieder zu unterbreiten. (Bewegung.)

Abg. Virchow: Meine Partei kann nicht so weitgehende Zugeständnisse machen, wie Herr Miquel sie Namens seiner Partei gemacht hat. Wir unterscheiden uns von ihm darin, daß wir die Situation im Lichte der ganzen politischen Constellation betrachten. Wir haben die schwersten Bedenken, unsere Zustimmung zu Vorschlägen zu geben, die nur Personenveränderungen vorbereiten sollen, von denen wir allerdings nicht wissen, aber wohl fürchten, daß sie eine entgegengesetzte Politik im Gefolge haben, wie wir im Interesse des Landes wünschen müssen. Ich gebe zu, daß die Fragen an sich eine ganz objective Untersuchung zulassen, und wir wollen sie gern discutiren, aber zu ihrer Zeit. Diese Fragen sind jetzt doch nur Nebenfragen; ihre Lösung soll Personen gewinnen, welche ein neues Ministerium bilden können. Ich verdenke es dem Ministerpräsidenten ja nicht, daß er das Ressort der Domänen und Forsten dem landwirthschaftlichen Ministerium überweist, damit der Chef desselben einen kleinen Trost dafür erhält, daß ihm das Ministerium des Innern entgangen ist. (Unruhe rechts.) Aber wir sehen nicht, wohin der Ministerpräsident überhaupt tendirt; wir können nicht mit Begeisterung in diese Berathung treten, während Männer als Ministercandidaten genannt, deren Namen einerseits ganz bedeutungslos sind, andererseits einen entschieden reactionären Klang haben. Für uns stehen in erster Reihe die Fragen: Welche Politik wird das neue Ministerium bezüglich der Verwaltungsreform verfolgen? Welche Politik im Kirchen- und Schulwesen? (Unruhe rechts.) Ja, das sind nicht nur wichtige, es sind geradezu Lebensfragen für den preußischen Staat. Unter solchen Umständen haben wir allerdings Anderes erwartet, als jetzt eintreten zu wollen scheint: ein Ministerium mit bestimmtem Programm, mit politischen Gedanken, ein Ministerium, das einen bestimmten, politischen Willen hat und wenn es diesen Willen nicht durchsetzen kann, zurücktritt.

Niemand denkt daran die Rechte des Königs zu schmälern; er kann Minister ernennen und entlassen, wie er will, allein die ganze Natur des modernen Constitutionalismus drängt doch dahin, daß Minister ihr Amt niederlegen, wenn sie nicht im Einverständniß mit der Volksvertretung ihre Politik verfolgen können. Wir aber behalten die Minister fort und fort, auch wenn sie gänzliches Fiasco gemacht haben. Wenn man hier große Pläne verfolgt, wie der Reichskanzler z. B. das Reichseisenbahnproject, von dem das Wohl und Wehe der ganzen Nation abhängt — ich gebe ja zu, daß man es für gut halten kann, obgleich ich es für schlecht halte — so muß man doch von vornherein darüber klar sein, was man damit eigentlich bezweckt. So geht es nicht, daß man heute mit einigen Personen bespricht, wie die Idee wohl ausgeführt werden könnte und sie morgen wieder fallen läßt. Jetzt ist so wenig Zusammenhang in der Regierung, daß wir fort und fort Anklagen der Minister unter einander hören; man beschwert sich und beklagt sich über einander; hier war und wird verhandelt, was billiger Weise hinter den Coulissen erledigt sein sollte. Ich verstehe nicht, wie der Ministerpräsident seine Collegen anklagen kann, wie er sagen kann: ich bin mit meinen Leuten nicht fertig geworden. Der Reichskanzler gilt im In- und noch mehr im Auslande als ein eiserner Mann; hier vor uns thut er, als ob er der schwächste Mann sei, der gar nichts durchsetzen könne. (Große Heiterkeit.) Wir haben jetzt, ich möchte sagen, eine ununterbrochene Abwirthschaftung der Persönlichkeiten (Beifall links). Das ganze System culminirt darin, daß Personen ruinirt, nicht blos hinausgeworfen, sondern noch obendrein mit Hohn und Spott überhäuft werden. Man kann sich wirklich nicht wundern, wenn sich keine Personen mehr für solche Posten finden wollen. In jedem andern Staate existiren doch Persönlichkeiten, auf welche sich unwillkürlich der Blick des Volkes lenkt, wenn von Bildung eines neuen Ministeriums die Rede ist. Bei uns sind sie immer seltener geworden. Wir werden immer mehr in die kleinlichen Verhältnisse des Bureaus gezogen; die politischen verschwinden vor den bureaukratischen Personen.

Im Reiche mag die Sache ja anders liegen, aber Preußen ist doch unbestritten ein constitutioneller Staat mit einem collegialen Ministerium. Wenn der Minister im Cabinet auf Widerstand stößt, so muß er ihn freilich brechen, aber er darf es nur dadurch, daß er die Personen wechselt, nicht dadurch, daß die Minister herabgedrückt werden, vor der Volksvertretung Ansichten zu bekennen, welche ihrer Ueberzeugung widersprechen. Das System würdigt nicht nur die Minister, sondern auch die Ministerialräthe herab; sie werden zu Advocaten, welche jede beliebige Sache vertheidigen. Der neue Vicekanzler, von dem man spricht, macht auf uns keinen erfreulichen Eindruck. Im Augenblicke, wo wir Personen nennen hören, die uns durchaus antipathisch sind, deren politische Haltung auf eine nahende Reaction deutet, können Sie uns nicht zumuthen, daß wir solchen Personen Einfluß auf die staatlichen Angelegenheiten in Preußen gewähren. Schon jetzt ist das Ministerium eine so abnorme Constitution, daß sie nicht noch mehr in dieser Abnormität gesteigert werden darf. Es sind schon drei Reichsminister in das Cabinet geschickt, welche kein Ressort haben; wozu noch einen vierten, der gar keinen Zusammenhang mit den Geschäften hat? Die Beispiele, welche der Ministerpräsident für die Nothwendigkeit eines besonderen Eisenbahnministeriums anführte, habe ich genau verfolgt, aber sie haben mich nicht im Geringsten überzeugt; diese kleinen Tariffragen haben doch nicht entfernt die Wichtigkeit, welche ihnen beigelegt werden sollte. Und weshalb sollten sich jetzt darüber Finanz- und Handelsminister nicht eben so gut einigen können, wie später der Eisenbahn- und der landwirthschaftliche Minister? Am wenigsten gehe ich auf den Leim von Herrn Miquél, welcher dieser Vorlage noch eine Reihe anderer Dinge nachwerfen will. Das Bauwesen ist verhältnißmäßig ein geringes Ressort und ruht so sehr auf technischen Schultern, daß es den Handelsminister wohl wenig in Anspruch nimmt. Mit tiefster Ueberraschung haben wir wohl Alle gehört, daß der Reichskanzler die Reichseisenbahnidee noch als offen betrachtet und wieder aufzunehmen gedenkt. Diese Frage müßte doch unter allen Umständen entschieden sein, ehe man ein besonderes preußisches Eisenbahnministerium schafft. Für uns ist die Vorlage nicht nur jetzt, sondern wahrscheinlich auch im Mai unannehmbar. Sollten wir dann aber Personen am Ministertische sehen, welche ein bestimmtes Programm vertreten, eine bestimmte Politik verfolgen, so würden wir darnach unser Verhalten einrichten.

Minister Friedenthal: Es ist nicht meine Absicht, jetzt schon tiefer in die Materie einzugehen; ich muß aber sofort gegen die schweren Angriffe protestiren, welche der Vorredner gegen mich als Person und als Minister, so wie gegen das Gesammtministerium gerichtet hat. Das Ressort der Domänen und Forsten ist nicht dem landwirthschaftlichen Ministerium überwiesen worden, um mir eine Consolation zu gewähren, weil ich nicht das Ministerium des Innern erhalten hätte. Dies Ministerium mir anzubieten, hat mich der Ministerpräsident unter Zustimmung Sr. Majestät beehrt; ich bat aber Se. Majestät, auf die ehrenvolle Stellung verzichten zu dürfen, weil ich nach meinen Neigungen und nach gewissenhafter Schätzung meiner Fähigkeiten auf dem Posten, auf dem ich jetzt stehe, meinem Vaterlande die besten Dienste leisten zu können glaube (Lebhafter Beifall rechts). Dann hat der Vorredner behauptet, daß das Ministerium keine politischen Gedanken, keine Solidarität, kein bestimmtes Programm habe. Ich bestreite das zunächst für die Vergangenheit. Daß hier und da bei Durchführung der Verwaltungsreform, nicht in den letzten Zielen, über welche immer Einstimmigkeit herrschte, sondern nur über die Methode der Ausführung, Schwankungen im Ministerium stattgefunden haben, ist richtig, aber an diesen Schwankungen hat das hohe Haus durchaus Theil genommen. Sie haben deshalb kein Recht, uns den Vorwurf der Principlosigkeit und des Mangels an politischen Gedanken zu machen. Was die Zukunft anbetrifft, so werden die neuen Minister ihr Programm entwickeln; was berechtigt Sie von vornherein anzunehmen, daß das nicht geschehen wird? Auch über das Reichseisenbahnproject hat immer Uebereinstimmung geherrscht; wir alle haben es als nationales Ziel betrachtet, daß eine Einrichtung, die so tief in die gesammte Culturentwickelung des Volkes einschneidet, nicht blos unter fiscalische, sondern unter staatswirthschaftliche Gesichtspunkte gebracht werden müssen. Wenn die verschiedenen Wege zu diesem Ziele genau geprüft werden, wenn neben dem Festhalten der Reichseisenbahnidee jetzt auch ein Eisenbahngesetz in Bearbeitung ist, so bedeutet dies Schwanken und diese Ungewißheit doch nur, daß die Frage nach allen Seiten approfondirt wird, um auf sichern und thatsächlichen Grundlagen die denkbar beste Entscheidung zu treffen.

Nun hat der Vorredner gesagt, die Staatsminister würden herabgewürdigt. Diese Behauptung beruht auf einer völlig unrichtigen Interpretation dessen, was der Ministerpräsident gesagt hat. Er hat die Mängel der Organisation hervorgehoben, Dinge angeklagt, aber nicht Personen. Von einer persönlichen Anklage habe ich nichts gehört und weise diese Bemerkung des Vorredners als eine falsche und möchte sagen, etwas sophistische Auslegung zurück. (Unruhe links.) Der Vorredner hat auf die Personen hingedeutet, welche als neue Mitglieder des Ministeriums genannt würden. Die betreffenden Zeitungsnachrichten existiren hier für mich nicht; sollte der Mann ernannt werden, den der Vorredner wohl im Auge hat, so wird er ja sein Programm entwickeln und Herr Virchow wird ihn, glaube ich, lange nicht so schlimm finden, als er ihn jetzt ansieht. Sachlich ist die Einrichtung des besonderen Postens eines Vicepräsidenten ohne Portefeuille von großem Nutzen. Sie hilft Abnormitäten in der maschinellen Einrichtung des Ministeriums ab und kennzeichnet einen entschiedenen Fortschritt. Ich glaube, daß die Vorlage nur unter der Ungunst der momentanen Umstände leidet; lassen Sie sich dadurch nicht beirren, nehmen Sie den Entwurf an und Sie werden dem Lande einen großen Dienst leisten. (Beifall rechts.)

Darauf wird ein Vertagungsantrag angenommen. In einer persönlichen Bemerkung weist Abg. Virchow den Vorwurf der Sophistik zurück. Er habe die Bemerkung des Ministerpräsidenten von dem passiven Widerstande, welchen er im Ministerium finde, nur auf Personen deuten können; irre er darin, so sei er jedenfalls guten Glaubens gewesen.

Schluß 4¼ Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Fortsetzung der ersten event. zweiten Berathung des Nachtrags-Etats.)

25. Sitzung des Herrenhauses vom 23. März.

11 Uhr. Am Ministertische: Achenbach, Weishaupt, Rötger und mehrere Commissarien.

Auf der Tagesordnung steht der mündliche Bericht der Commission für Eisenbahn-Angelegenheiten über den Gesetzentwurf, betreffend die Fertigstellung der Berliner Stadteisenbahn für Staatsrechnung.

Der Berichterstatter Theune befürwortet den Antrag der Commission dem vorgenannten Gesetzentwurfe in Uebereinstimmung mit dem Hause der Abgeordneten die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen.

Handelsminister Achenbach betont, daß es nach den bisherigen Vorgängen nicht mehr möglich sei, die Form der Actiengesellschaft aufrecht zu erhalten. Durch das Ausscheiden der Deutschen Eisenbahnbau-Gesellschaft habe der Staat allein die Majorität in der Actiengesellschaft und dadurch sei das gute Einvernehmen zwischen den Consorten gestört worden. Consequent der bisherigen Eisenbahnpolitik, welche die dominirenden Linien in Staatsbesitz zu bringen bestrebt sei, müsse dieses wichtige Bindeglied zwischen den verschiedenen Staatsbahnnetzen in den Besitz des Staates übergehen. Der Staat habe das Hauptinteresse an der Prosperität der Stadtbahn. Damit aber der Staat nicht aus rein fiscalischen Gesichtspunkten die Interessen der in Berlin mündenden Privatbahnen beim Betriebe der Stadtbahn verletzen könnte, seien die Bestimmungen in den Vertrag aufgenommen worden, welche gewisse Rechte der Privatbahnen constatiren. In diesem Sinne habe er auch die Erklärung über den Güterverkehr im anderen Hause abgegeben. Durch die Stadtbahn würden auch die localen Wohnungsverhältnisse der Reichshauptstadt gebessert werden. Vom militärischen Standpunkte sei die Bahn von höchster Wichtigkeit, zumal man jetzt alle militairischen Etablissements an die Peripherie Berlins zu legen bestrebt sei. Die Ueberschreitung der Voranschläge um einige Millionen sei nach den bisherigen Erfahrungen bei Eisenbahnbauten eine ganz geringe zu nennen. Es könne hier auch durch einen großen Staatsbau eine gewisse Unterstützung der vom Nothstand betroffenen Bevölkerung gewährt werden, zumal wir in Hinsicht auf Zahl und Ausdehnung der Verkehrsstraßen gegen unsere industriellen Nachbarstaaten weit zurückstehen. Das Haus werde also durch Annahme der Vorlage dem Lande einen Dienst erweisen.

Nach einem Schlußworte des Referenten wird der Antrag der Commission fast einstimmig angenommen.

Ein Schreiben des Ministerpräsidenten Fürsten Bismarck giebt dem Hause Kenntniß von der erfolgten Demission des Finanzministers Camphausen.

Schluß 12½ Uhr. Nächste Sitzung unbestimmt.

Berlin, 23. März. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Local-Schulinspector, Erzpriester Lindner zu Preichau im Kreise Steinau und dem Postdirector, Hauptmann a. D. Konrad zu Landeshut in Schlesien den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Bürgermeister Hirsemann zu Weißenfels den Königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; dem Kreis-Schulinspector, Erzpriester Muche zu Prosen im Kreise Jauer das Kreuz der Ritter des Königlichen Haus-Ordens von Hohenzollern; den Schullehrern Gröger zu Wittenberg und Brimmer zu Klammer im Kreise Culm den Adler der Inhaber desselben Ordens; sowie dem Musikus Albert Krause zu Dt.-Crone die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der König hat den nachbenannten Königlich italienischen Offizieren folgende Auszeichnungen verliehen und zwar: den Königlichen Kronen-Orden erster Klasse mit dem Emaille-Bande des Rothen Adler-Ordens: dem General-Lieutenant Grafen Pianell, commandirenden General des III. Armee-Corps; den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse in Brillanten: dem Obersten und Generalstabs-Chef Corsi; den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse: dem Obersten Guaita, Commandeur des 18. Cavallerie-Regiments; den Rothen Adler-Orden dritter Klasse: dem Major Osio im Generalstabe; sowie den Rothen Adler-Orden vierter Klasse: dem Premier-Lieutenant Alliaud im 5. Bersaglieri-Regiment.

Se. Majestät der König hat dem Vice-Präsidenten des Staatsministeriums, Staats- und Finanz-Minister Camphausen unter Belassung des Titels und Ranges eines Staats-Ministers die nachgesuchte Dienstentlassung ertheilt.

Se. Majestät der König hat die Wahl des Rittergutsbesitzers v. Böhn auf Besow zum Director des Stolper Landschafts-Departements-Collegiums für den weiteren Zeitraum von 1878 bis 1884 bestätigt; und den Kaufleuten Gustav Gebhard und Walther Simons zu Elberfeld den Charakter als Commercien-Rath verliehen.

Ihre Königlichen Hoheiten der Prinz Georg von Sachsen und der Erbgroßherzog von Mecklenburg-Strelitz sind heute früh wieder abgereist.

Dem kaiserlichen Consul Joh. Döding in Guatemala ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Consulatsdienste ertheilt worden.

Der Rechtsanwalt und Notar Schlüter zu Witten ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Essen, mit Anweisung seines Wohnsitzes daselbst versetzt worden. Versetzt sind: der Kreisgerichts-Director Christ in Osterode in gleicher Amtseigenschaft an das Kreisgericht in Lobsens und der Oberamtsrichter Hellwig in Oldendorf als Kreisgerichtsrath an das Kreisgericht in Wesel. Dem Kreisgerichtsrath Bauer in Wesel und dem Kreisgerichtsrath Schuhmann in Sorau sind die Functionen der Abtheilungs-Dirigenten bei den betreffenden Kreisgerichten, und dem Kreisgerichtsrath Koppers in Ahaus die Function des Dirigenten bei der dortigen Gerichts-Deputation übertragen. Die nachgesuchte Dienstentlassung ist ertheilt: dem Stadtgerichts-Rath Fleischhammer in Berlin in Folge seiner Ernennung zum Rechtsconsulenten der Königlichen Hofämter, dem Kreisgerichts-Rath Pohler in Neumarkt, dem Kreisgerichts-Rath Neugebauer in Steinau a. d. O. mit Pension und dem Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Windthorst in Münster.

Berlin, 23. März. [Beide Kaiserliche Majestäten] empfingen gestern Vormittag um 10 Uhr die zur Feier des gestrigen Tages hier eingetroffenen hohen Gäste und die Mitglieder der Königlichen Familie. Um 12 Uhr fand die Beglückwünschung Seitens der hier anwesenden Fürstlichkeiten statt. Die Familientafel gaben Ihre Kaiserlichen und Königlichen Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin. — Heute findet zu Ehren Sr. Majestät des Königs von Sachsen ein Diner im Königlichen Palais statt.

[Ihre Kaiserlichen und Königlichen Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin] begaben Sich gestern früh gegen 9½ Uhr mit Ihren Königlichen Hoheiten den Prinzen Wilhelm und Heinrich, sowie sämmtlichen jüngeren Herrschaften zur Geburtstags-Gratulation zu Sr. Majestät dem Kaiser. — Se. Kaiserliche Hoheit der Kronprinz wohnte ferner um 11 Uhr der Gratulation der Generale bei und stattete Nachmittags den weiter eingetroffenen Fürstlichen Herrschaften Besuche ab. — Um 4 Uhr fand das Familiendiner im Kronprinzlichen Palais statt. — Gegen 9½ Uhr Abends begaben Sich die Höchsten Herrschaften mit ihren Königlichen Hoheiten den Prinzen Wilhelm und Heinrich zur Soirée in das Königliche Schloß. (R.-A.)

= **Berlin**, 24. März. [Hobrechts Berufung zum Finanzminister. — Bevorstehender Rücktritt Achenbachs.] Die preußische Ministerkrisis ist in sofern weiter entwickelt, als der Oberbürgermeister von Berlin, Herr Hobrecht, sich thatsächlich zur Uebernahme des Finanzministeriums bereit erklärt hat. Eine königliche Entschließung darüber war bis heute Mittag nicht bekannt. Herr Hobrecht war gestern Abend unter den Gästen des Reichskanzlers in dessen parlamentarischer Soiree, welche zum ersten Male in den neuen Räumen des Kanzlerhauses stattfand und ziemlich zahlreich besucht war. Er erwiderte allen Gratulanten zu dem neuen Posten, er könne „Glückwünsche noch nicht annehmen." Es wurde dies auf die noch fehlende königliche Entscheidung gedeutet. Uebrigens hatte der Minister

Dr. Achenbach die dringende Aufforderung zur Uebernahme des Finanzressorts, wie wir mit Bestimmtheit erfahren, abgelehnt. Auch Herr Achenbach geht nach den Vorgängen der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses mit der ernsten Absicht um, seine Entlassung einzureichen, obschon ihn die Verhandlungen wegen Uebernahme des Finanzressorts versichern mußten, das ein Mangel an Vertrauen in seine Person und seine Thätigkeit nicht vorhanden ist.

München, 21. März. [Zur Durchführung der Reichsjustizgesetze. — Die Frage der confessionell gemischten Schulen. — Aus dem clericalen Lager.] Die nächste Landtags-Session, welche sich wesentlich mit dem Militäretat zu beschäftigen hat, wird auch Vorlagen der Regierung, betreffs der Durchführung der Reichsjustizgesetze empfangen. Nach der gewöhnlichen Arbeitsweise der zweiten Kammer würden die Vorberathungsarbeiten des Ausschusses der Mehrzahl der Abgeordneten halbe oder dreiviertel Ferien für die Dauer etlicher Monate gönnen, in denen von Zeit zu Zeit eine Culturkampfdebatte den Schein der Thätigkeit wahren müßte. Da aber in der letzten Session die gottlosen Liberalen und die abscheulichen Extremen bereits die Kostspieligkeit dieser nothgedrungenen Verzögerungen getadelt haben, so wird beabsichtigt, freilich nicht vom patriotischen Lager aus, ein besonderes Gesetz aufzustellen, wonach die Ausschüsse beider Kammern, denen die Vorberathung der Vorlagen übertragen wird, nach Beendigung der regelmäßigen Aufgaben des Landtages während der Vertagung ihre Berathungen fortsetzen und die Kammern erst nach Abschluß der Ausschußarbeiten wieder einberufen werden. Solche Gesetzgebungsausschüsse sind schon früher vorgekommen. — Aus Anlaß der an die Kammer der Abgeordneten gelangten und von derselben in umfassendster Weise berathenen, gegen die confessionell gemischten Schulen in Großkarlbach in der Pfalz gerichteten Petition bringt das vom 1. März d. J. datirte Heft der „Historisch-politischen Blätter" aus der Feder eines Juristen einen sehr eingehenden Artikel, an dessen Schluß sich folgende, um so mehr bemerkenswerthe Stelle findet, als ja Abgeordneter Jörg der Herausgeber der gelben Hefte ist. „Faßt man nun alles dies ins Auge" — sagt uns der Jurist des Herrn Jörg — „so wird man wohl, wenn auch widerstrebend, zu der Schlußfolgerung gelangen, daß die Behauptung, es sei die baierische Staatsregierung bei Anordnungen über den confessionellen Charakter der Volksschulen an die ständische Mitwirkung gebunden, kaum vollständig erwiesen werden könne. Um streng juristischen Nachweis handelt es sich aber, wie wiederholt hervorzuheben ist, wenn von einer Beschwerde wegen Verletzung verfassungsmäßiger Rechte die Rede sein soll. Wirklich steht die Sache eigentlich so: in folgerichtiger Entwickelung des anerkannten Grundsatzes voller Gewissensfreiheit hätte allerdings unsere Gesetzgebung eine Bestimmung treffen sollen, welche für den vorwürfigen Fall ein Beschwerderecht begründete; allein es ist dies eben in Wirklichkeit aus irgend welchem Grunde nicht geschehen. Man bleibt also auf bloße Schlußfolgerungen aus allgemeinen Grundsätzen angewiesen, welche zur juristischen Begründung einer solchen Beschwerde kaum vollständig (soll wohl heißen: überhaupt nicht) genügen." Dem Verfasser des Artikels erscheint es deshalb ganz zweckmäßig, daß in der Angelegenheit der Weg der Petition betreten wurde; es würde durch eine solche auch das Recht der Katholiken vollständiger gewahrt, als es vermittelst einer Beschwerde hätte geschehen können, denn eine solche wäre — die Zustimmung der Kammer der Reichsräthe vorausgesetzt — nach Lit. X, § 5 der Verfassungsurkunde zu behandeln gewesen; sie hätten möglicher-, wenn auch nicht wahrscheinlicherweise allerdings zur Beseitigung der allerhöchsten Verordnung vom 29. August 1873 aus formellen Gründen führen können. „Gesetzt aber, es würde in naher oder ferner Zukunft ein Schulgesetz zu Stande gebracht, dessen Inhalt in eben so hohem oder vielleicht noch höherem Maße die Gewissensfreiheit gefährdet — und daß wir davor unbedingt gesichert seien, wird wohl kaum Jemand zu behaupten sich getrauen — so wäre offenbar auf dem Beschwerdewege nichts weiter auszurichten." — Dem „Bayer. Kurier" widmet das „Vaterland" die nachstehenden freundlichen Zeilen:

„Nachdem bereits Bruckmann eine angebliche Photographie des heiligen Vaters Leo XIII. geleistet, in welcher dieser als eine mit der Tiara gekrönte frömmelnde ältere Betschwester mit verwaschenen und verzerrten Züge rc. carrikirt ist, hängt seit ein paar Tagen an der Expedition des „Bayr. Kur." eine gräuliche Carricatur auf den heiligen Vater zum allgemeinen Scandal, denn diese unwürdige und höchst gemeine Carricatur hat auch nicht eine Aehnlichkeit mit den großen, würdevollen Zügen Leo's XIII., sondern gleicht einem struppigen, dummpfiffig grinsenden, versoffenen Schnapsbruder. Wie die Expedition eines katholisch sein wollenden Blattes sich dazu hergeben mag, eine der Art unverschämte, freche und scheußliche Carricatur des Papstes auszuhängen, können wir nicht begreifen."

Die „S. Pr." bemerkt hierzu: Die in ihrer Form sehr drastische Bilderkritik ist sachlich unserer Anschauung nach nicht ganz unberechtigt.

Oesterreich.

Wien, 23. März. [Die österreichische Delegation] nahm einstimmig einen Antrag an, dahin gehend, die Petition des Beamtenvereins und der Versicherungs-Gesellschaften wegen Desinfection der Schlachtfelder dem gemeinsamen Ministerium mit der Aufforderung zu übergeben, auf internationalem Wege die unverweilte Beseitigung der durch unbeerdigte Leichen in Bulgarien und Rumelien dem allgemeinen Gesundheitszustande Europas drohenden Gefahren anzustreben und zu diesem Behufe auf sofortige Bildung einer internationalen Sanitätscommission hinzuwirken.

Wien, 23. März. [Zwischen den beiden Delegationen] ist bezüglich sämmtlicher differirenden Beschlüsse eine Einigung erzielt worden, indem die ungarische Delegation sich den meisten Beschlüssen der österreichischen, insbesondere dem Beschlußantrage derselben in Betreff des Credits von 60 Millionen anschloß. — In der ungarischen Delegation erwiderte Graf Andrassy auf eine Interpellation Csernatony's, er habe vorgestern Abend durch einen Kurier des Petersburger Cabinets die officielle Mittheilung des Friedensvertrages erhalten. Von Seiten der Türkei sei die Mittheilung des Vertrages noch nicht erfolgt. Der Vertrag werde auch in Wien in authentischer Form veröffentlicht werden. Für den Zusammentritt des Congresses sei einer der letzten Tage des März in Aussicht genommen gewesen. Inzwischen seien aber einzelne Präliminarfragen aufgetaucht, in Betreff welcher zwischen Rußland und England ein Ideenaustausch stattfinde. Der Zusammentritt des Congresses könne daher nicht sicher bestimmt werden.

Provinzial-Zeitung.

μ **Breslau**, 25. März. [Se. Königliche Hoheit der Prinz Albrecht] passirte heute Morgen unsere Stadt, um sich nach Camenz zu begeben.

s. **Grünberg**, 23. März. [Geschäftliches.] Bei der öffentlich ausgeschriebenen Submission des Baues einer eisernen Warthebrücke ist das hiesige Etablissement für Eisenconstruction und Brückenbau von Beuchelt u. Comp. in Höhe von ca. 243000 Mark Mindestbietender geblieben. Wenn dem wohlrennomirten Etablissement, das seine Leistungsfähigkeit in letzter Zeit bei Lieferungen für den Fiscus wohl bewiesen hat, die Ausführung der Brücke übertragen würde, so dürfte sich dieser Zweig unserer Industrie dauernd heben.

8 **Jauer**, 22. März. [Zur Tageschronik.] Heute feierte der Erzpriester Muche in Profen h. Kreises sein 50jähriges Priesterjubiläum zu welchem ihm, von verschiedenen Seiten zahlreiche Beweise von Liebe und Verehrung zu Theil wurden. — Vom Kaiser erhielt der bereits mit dem Kronen-Orden 3. Kl. decorirte Jubilar aus Anlaß dieser Feier das Ritterkreuz des Hohenzollerschen Hausordens, welches ihm ein von der Regierung zu Liegnitz eigens deputirter Commissarius einhändigte. — Bei der am 21. d. M. stattgefundenen Versammlung der Stadtverordneten verursachte ein Antrag des Kriegerdenkmal-Comitees eine längere Debatte. Für das nunmehr endlich aufzustellende Denkmal ist nämlich der hiesige Schulplatz ausersehen, derselbe bedarf aber zu diesem Zweck bedeutender Umänderung welche nicht geringe Kosten verursachen wird. Das Comitee besitzt nun die Mittel nicht diese Kosten selbst zu bestreiten und beantragt bei der Versammlung die Uebernahme derselben seitens der Stadt. Der Magistrat tritt diesem Antrage bei und sind die Kosten auf ca. 1000 Mark veranschlagt. Vernünftigerweise erklärt sich die Versammlung gegen diesen Antrag und will nur eine Beihilfe gewähren, deren Höhe dann zu normiren sein wird, wenn die Gesammtkosten von sachverständiger Seite definitiv festgestellt sein werden, was bis dato nicht der Fall. Die Bürgerschaft wird in Anbetracht des vorher sehr belasteten Communalvermögens diesen Beschluß günstig aufnehmen.

=ch= **Oppeln**, 23. März. [Freiwilligen-Examen.] Zu der am 20. und 21. d. M. im Regierungs-Gebäude abgehaltenen Prüfung für den einjährigen, freiwilligen Militairdienst hatten sich 8 Aspiranten gemeldet, von denen 1 vor der Prüfung zurücktrat und einer wegen ungenügender schriftlicher Arbeiten zum mündlichen Examen nicht zugelassen wurde. Von den übrigen 6 konnten 5 für reif erklärt werden.

=o= **Creuzburg**, 24. März. [Prüfung.] Im Laufe dieser Woche wurde am hiesigen Lehrer-Seminare die Abiturienten-Prüfung abgehalten, in welcher alle 26 Zöglinge des obersten Cursus und ein Hospitant die Prüfung bestanden.

⊙ **Pleß**, den 21. März. [Abiturienten-Prüfung.] Am hiesigen Gymnasium fand heut unter dem Vorsitz des Provinzial-Schulraths Herrn Dr. Sommerbrod die Prüfung der Abiturienten statt, welcher sich 3 Candidaten unterzogen hatten. Alle drei erhielten das Zeugniß der Reife.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Wien, 23. März. Die „Polit. Corresp." veröffentlicht folgende Meldungen: Aus Athen: Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Delyannys, sprach competenten Persönlichkeiten gegenüber die Besorgniß aus, daß Griechenland, wenn der Congreß die hellenische Frage nicht definitiv lösen sollte, durch die Aufregung der Bevölkerung zum Kriege getrieben werden dürfte. Die Regierung habe für den Congreß werthvolle statische Daten über die Verhältnisse der griechischen Bevölkerung in Macedonien aufstellen lassen. — Die Feindseligkeiten zwischen den Insurgenten von Pelion und den Türken bei Aghia haben wieder begonnen. Die Türken haben mehrere Dörfer in Brand gesteckt und die Einwohner derselben niedergemacht. — Aus Bukarest: Die gestern in Petersburg umlaufenden Gerüchte über den Ausbruch von Unruhen in Bukarest sind unbegründet. Der Ministerpräsident Bratiano wird sich voraussichtlich zum Congresse begeben. — Die Typhusepidemie in Bukarest tritt sehr stark auf.

Wien, 24. März. Die „Montagsrevue" schreibt: Die Controverse zwischen England und Rußland habe sich zu einer ernsteren Differenz zugespitzt, als nach dem wesentlich formalen Charakter des Streitpunktes zu erwarten gewesen wäre. Wenn der Congreß scheitere, so sei es nicht abzusehen, welche Vortheile England aus einer solchen Situation zu ziehen vermöchte, da alsdann eine individuelle Discussion der Friedensartikel durch jede einzelne Macht eintrete, was England doch vermeiden wolle und was Rußland erwünscht wäre.

Paris, 23. März. Das von Belgrad aus verbreitete Gerücht, der Herzog von Chartres wolle sich um den bulgarischen Thron bewerben, wird von der „Agence Havas" formell für unbegründet erklärt.

Versailles, 23. März. Der Senat genehmigte das Budget des Unterrichtsministeriums. Sodann wurde das Budget für das Ministerium des Ackerbaues angenommen, wobei der von der Deputirtenkammer gestrichene Credit für Gestüte wieder hergestellt wurde.

Rom, 23. März. Der König hat gestern dem Kaiser von Deutschland seine Glückwünsche zum Geburtstage telegraphisch ausgedrückt. Die zur Feier des Tages in der deutschen Botschaft veranstaltete Festlichkeit, an welcher gegen 500 Personen theilnahmen, nahm einen sehr glänzenden Verlauf. Der Botschafter v. Keudell brachte den Toast auf den Kaiser Wilhelm aus und gedachte dabei der Friedensmission, welche der Kaiser nach den ruhmreichen Tagen von 1870 zu seiner Aufgabe gemacht habe. Nach einem dreimaligen enthusiastischen Hoch auf den Kaiser Wilhelm wurde von den Anwesenden die preußische Nationalhymne und die Wacht am Rhein gesungen. Die Prinzessin Friedrich Karl von Preußen wohnte dem Feste bei.

Rom, 23. März. Die Constituirung des Ministeriums ist nunmehr definitiv in folgender Weise erfolgt: Cairoli Präsidium ohne Portefeuille, Zanardelli Inneres, Desanctis, Unterricht, Seismit-Doda Finanzen, Bruzzo Krieg, Brochatti Marine, Confortti Justiz, Baccarini öffentliche Arbeiten. Cairoli übernimmt interimistisch das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten und Seismit-Doda interimistisch das Schatzministerium. — Der italienische Gesandte in Konstantinopel, Graf Corti, wird am Montag hier erwartet.

Madrid, 23. März. In der Sitzung der Deputirtenkammer erklärte der Finanzminister bei der Berathung des Berichts der Staatsschuldencommission, daß das Cabinet fest entschlossen sei, den im Jahre 1876 mit den Staatsgläubigern abgeschlossenen Vertrag vollständig auszuführen, und keine Veränderung desselben vorzunehmen. Die Regierung werde kein Opfer scheuen, um ihre Verpflichtungen zu erfüllen.

London, 23. März. Gladstone hat bei Empfang einer Deputation aus Greenwich eine Rede gehalten, in welcher er bedauerte, daß das Parlament den Credit von 6 Millionen Pfd. bewilligt habe. Weiter erklärte Gladstone, er verabscheue den Krieg, indeß sei zu constatiren, daß dieser Krieg größere Resultate zur Folge gehabt habe, als irgend ein Krieg der letzten Zeit. Er verstehe nicht, weshalb die englische Flotte in den türkischen Gewässern sich aufhalte, er begreife auch nicht das Verlangen der englischen Regierung, daß Rußland, nachdem es den Friedensvertrag allen Mächten mitgetheilt habe, ihn noch auf dem Congreß vorlegen soll. Dagegen billige er die Politik der Regierung in Betreff der Dardanellen und in Betreff Griechenlands.

London, 23. März. Wie verlautet, sollen 5 der Cunard- und der White-Star-Company gehorige Dampfer provisorisch von der Regierung gemiethet worden sein.

London, 24. März. Wie der „Observer" meldet, war der Regierung bis gestern Abend noch keine weitere Mittheilung der russischen Regierung bezüglich der Forderungen Englands in der Conferenzfrage zugegangen. Dasselbe Blatt meldet, daß der Khedive auf die von der englischen Regierung gemachten Vorstellungen, welche von der französischen unterstützt wurden, eingewilligt habe, eine Untersuchung über die Finanzlage Egyptens anzustellen. Dieselbe soll sich nicht allein auf die Hilfsquellen des Landes erstrecken, sondern auch auf den Charakter der Verpflichtungen Egyptens und auf die Gründe des Unterschiedes zwischen den veranschlagten und den wirklichen Einnahmen. Lesseps wird Präsident der Untersuchungscommission, Rivers Wilson Vicepräsident derselben. Die übrigen Mitglieder sollen Beamte der Verwaltung der Staatsschulden sein.

London, 24. März. Das „Bureau Reuter" meldet aus Konstantinopel vom 22. März via Syra: Die von Reuf Pascha in Petersburg nachgesuchten Concessionen seien nicht absolut abgelehnt, und es sei eine russisch-türkische Allianz in Erwägung gezogen worden. In Konstantinopel würde eine solche Allianz ebenfalls erwogen. Eine starke türkische Partei widerstrebe derselben, sie sei im Falle eines englisch-russischen Krieges zu einer Allianz mit England geneigt. Man glaube vielfach, Rußland werde im Falle eines solchen Krieges von der Türkei eine Allianz oder Entwaffnung verlangen. Reuf und Osman Pascha seien für eine russisch-türkische Allianz geneigt.

London, 25. März. Das englische Uebungsschiff „Eurydice", von Barbadoes kommend, ist gestern Nachmittag durch plötzlichen Windstoß an der Südküste der Wigkt-Inseln umgestürzt, wobei über 300 Mann ertranken.

Petersburg, 24. März. Zur Feier des Geburtstages des Deutschen Kaisers fand in dem Winterpalais ein Diner statt, zu welchem auch das Personal der deutschen Botschaft geladen war.

Petersburg, 24. März. Die „Agence Russe" sagt: Die Nachricht, Rußland forderte England auf, die Flotte aus dem Marmarameer zurückzuziehen, erscheine ihr nicht verständlich. Eben so sei nicht begreiflich, warum der britische Botschafter Layard gegen die Einschiffung der russischen Truppen protestirte, da dadurch die Ausführung des Friedensvertrages nur verhindert und die Occupation türkischen Gebiets verlängert würde. Die Einschiffung der russischen Garde sei in der That contremandirt.

Galatz, 24. März. Die Donauschifffahrt ist eröffnet; heute sind bereits drei Schiffe hier eingetroffen, morgen werden vier erwartet. Die Wasserhöhe im Sulina-Arme beträgt 15 Schuh.

Konstantinopel, 23. März. Wie die hiesige „Agence Havas" meldet, hätten die Russen alle Vorbereitungen zur Einschiffung der Truppen in San Stefano eingestellt. — In Adrianopel sei der Typhus ausgebrochen. — Hobart Pascha hat den Befehl erhalten, sich nach Prevesa zu begeben und in den dortigen Gewässern zu kreuzen.

Konstantinopel, 23. März. Die bei Scutari stehenden türkischen Truppen sind in die Umgegend von Bujukdere marschirt, wo ein Lager für 15,000 Türken gebildet wird; ein zweites türkisches Lager wird bei Kavak am Schwarzen Meere errichtet. — Gerüchtweise verlautet, Munif Effendi würde zum Botschafter in Petersburg ernannt werden. — Osman Pascha wird morgen mit Reouf Pascha hier eintreffen.

Bukarest, 23. März. Zur Feier des Geburtstages des deutschen Kaisers fand gestern ein Gottesdienst statt, dem der hiesige diplomatische Agent Deutschlands, die Mitglieder des deutschen Consulates, der Präsident der Deputirtenkammer, der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, der commandirende General der ersten Division und der Polizeipräfect beiwohnten. Fürst Carl ließ sich durch seinen Haus- und Hofmarschall Vacaresco vertreten.

Athen, 23. März. Eine Deputation, geführt von den Bürgermeistern von Athen und dem Piräus, hat den hiesigen Vertreter Englands Wyndham den Dank der griechischen Bevölkerung an England dafür ausgesprochen, daß dieses die Zulassung Griechenlands zum Congresse vorgeschlagen habe.

Athen, 24. März. Admiral Hornby, durch den englischen Legations-Secretair Wyndham von den gegen christliche Familien bei Olympos begangenen Greueln benachrichtigt, sandte das Panzerschiff „Zubbley", um den Bedrängten zu Hilfe zu kommen und weitere Grausamkeiten zu verhindern.

Newyork, 25. März. In Sanct Domingo wurde eine provisorische Regierung unter dem Vorsitz des Generals Guillermo gebildet. Baldmöglichst soll die Wahl des neuen Präsidenten erfolgen. Der durch die Revolution angerichtete Schaden ist sehr groß.

(Aus L. Hirsch's Telegraphen-Bureau.)

Petersburg, 23. März. In gut unterrichteten Kreisen wird versichert, daß Rußland auf dem Congreß officiell gegen einen jeden Plan der Theilung der Türkei opponiren werde. Reouf Pascha führt das Versprechen des Fürsten Gortschakoff mit sich, daß dieser für die Interessen der Pforte gegenüber der von England unterstützten griechischen Aggressionen auf dem Congresse eintreten werde. Auch gilt hier das frühere Project der Besetzung Bosniens und der Herzegowina durch österreichische Truppen als bereits der Vergangenheit angehörend. Rußland wird auf dem Congreß sich energisch für die nunmehrige Integrität des türkischen Territorialbesitzes verwenden, um der Pforte dadurch jeglichen Vorwand für eine Nullitätserklärung des abgeschlossenen Friedensvertrages zu benehmen.

Telegraphische Privat-Depesche der Breslauer Zeitung.

Berlin, 25. März. Stolberg lehnt ab, ohne Portefeuille die Stellvertretung des Ministerpräsidenten zu übernehmen; er verlangt mit Portefeuille noch ein anderweites besonderes Ressort.

Handel, Industrie rc.

Berlin, 23. März. Spiritus loco „ohne Faß" 52,2 Mk. bez., per März 51,6 M. bez., per März-April 51,6 M. bez., per April-Mai 51,9—51,6 M. bez., per Mai-Juni 52,2—52 M. bez., per Juni-Juli 53,2—53 M. bez., per Juli-August 54,2—54 M. bez., per August-September 54,7—54,5 M. bez. Gekündigt — Liter. Kündigungspreis — Mark.

⌗ **Breslau**, 25. März, 9¾ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war der Geschäftsverkehr etwas reger, bei stärkerem Angebot Preise gut preishaltend.

Weizen, feine Qualitäten gut gefragt, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 17,90 bis 19,40—20,80 Mark, gelber 17,50—18,50 bis 19,90 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, zu notirten Preisen gut verkäuflich, pr. 100 Kilogr. 12,60 bis 13,70—14,00 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste schwach gefragt, pr. 100 Kilogr. neue 13,30—14,50 Mark, weiße 15,40—16,40 Mark.

Hafer ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. neuer 11,10—12,30—13,00 bis 13,50 Mark.

Mais schwach behauptet, pr. 100 Kilogr. 10,80—11,80—12,80 Mark.

Erbsen schwächer angeboten, pr. 100 Kilogr. 14,00—15,00—17,00 Mark.

Bohnen gut behauptet, pr. 100 Kilogr. 19,00—19,50 bis 20,00 Mark.

Lupinen matter, pr. 100 Kilogr. gelbe 9,40—10,60—11,50 Mark, blaue 9,10—10,10—10,50 Mark.

Wicken vernachlässigt, pr. 100 Kilogr. 10,60—11,40—12,40 Mark.

Oelsaaten schwach angeboten.

Schlaglein ohne Aenderung.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	26	80	25	—	22	—
Winterraps	31	25	29	50	28	50
Winterrübsen	30	—	29	—	27	—
Sommerrübsen	28	25	26	50	25	—
Leindotter	24	50	23	50	21	50

Rapskuchen ohne Aenderung, pr. 50 Kilogr. 7,40—7,60 Mark.

Leinkuchen gut gefragt, pr. 50 Kilogr. 8,70—9,20 Mark.

Kleesamen schwach gefragt, rother ruhig, pr. 50 Kilogr. 32—42—47—52 Mark, — weißer unverändert, pr. 50 Kilogr. 40—48—57—65—70 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee matter, pr. 50 Kilogr. 17—19,50—21,50 Mark.

Mehl ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 28,00—29,00 Mark, Roggen fein 21,25—22,25 Mark, Hausbacken 19,75—20,75 Mark, Roggen-Futtermehl 9,50—10,25 Mark, Weizenkleie 8,00—8,75 Mark.

Heu 2,40—2,80 Mark pr. 50 Kilogr.

Roggenstroh 18,00—21,00 Mark pr. Schock à 600 Kilogr.

Berliner Börse vom 23. März 1878.

Fonds- und Geld-Course.

Deutsche Reichs-Anl.	4	96,80 bz
Consolidirte Anleihe.	4½	104,90 bz
do. do. 1876	4	96,70 bz
Staats-Anleihe	4	96,25 bz
Staats-Schuldscheine	3½	92,70 G
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	139 B
Berliner Stadt-Oblig.	4½	101,90 bzB
Pfandbriefe. Berliner	4½	101,30 bz
Pommersche	3½	84,10 bz
do.	4	95,20 bz
do.	4½	102,10 bzG
do. Ludsch.Crd.	4½	101,25 bzG
Posensche neue	4	95 G
Schlesische	3½	85,30 G
Ldschaftl. Central	4	95 bz
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	96,10 bzG
Pommersche	4	95,90 G
Posensche	4	95,90 bzG
Preussische	4	95,90 G
Westfäl. u. Rhein.	4	98,20 bz
Sächsische	4	96,40 bzG
Schlesische	4	96,10 bzG
Badische Präm.-Anl.	4	121,40 bz
Baierische 4% Anleihe	4	121,00 B
Cöln-Mind.Prämiensch.	3½	111 bz
Sächs. Rente von 1876	3	72,90 bz

Kurh. 40 Thaler-Loose 242,60 bz
Badische 35 Fl.-Loose 135,00 G
Braunschw. Präm.-Anleihe 81,80 bzG
Oldenburger Loose 138 B

Ducaten — —	Dollars — —
Sover. 20,35 G	Oest. Bkn. 170,15 bz
Napoleon — —	do. Silbergd. — —
Imperials 16,67 G	Russ. Bkn. 216,50 bz

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Ob.	5	107,70 bz
Unkb.Pfd.d.Pr.Hyp.-B.	4½	95,00 bzG
do. do.	5	101,50 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	94,25 bzG
do. do. do.	5	100,50 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,20 G
Unkünd. do. (1872)	5	102 bz
do. rückzb. à 110	5	107,10 G
do. do. do.	4½	99 bz
Unk. H.d.Pr.Bd.-Crd.B.	5	— —
do. III. Em. do.	5	101,75 bzG
Kündb.Hyp.Schuld. do.	5	100 bz
Hyp.-Anth.Nord-G.C-B	5	94 bzG
do. do. Pfandbr.	5	94,25 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	98,50 bzG
do. do. II. Em.	5	92,75 bzG
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	107,70 bz
do. do. II. Em.	5	105,90 bz
do. 5%Pf.rkzlbr.m.110	5	100,25 bzG
do. 4½ do. do. m.110	4½	92,50 bz
Meininger Präm.-Pfdb.	4	104,80 bz
Oest. Silberpfandbr.	5½	35,10 bz
do. Hyp.-Crd.-Pfdbr.	5	32,70 bz
Pfdb.d.Oest.Bd.-Cr.-Ge.	5	90,20 G
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	99,00 B
do. do.	4½	93,50 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	102,75 G
do. do. 4½%	4½	98,30 G
Wiener Silberpfandbr.	5½	35,10 bz

Ausländische Fonds.

Oest. Silber-R. (1./1.1./7.)	4⅕	55,90 bzG
do. (1./4.1./10.)		55,90 bzB
do. Goldrente	4	62,50 bzB
do. Papierrente	4⅕	52,60 bz
do. 54er Präm.-Anl.	4	96,50 B
do. Lott.-Anl. v. 60.	5	105,25 etbzB
do. Credit-Loose	fr.	299,75 etbzB
do. 64er Loose	fr.	252,75 B
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	156,10 bz
do. do. 1866	5	154,40 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	75,10 bzG
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfb.	5	— —
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	80,00 B
Poln. Pfndbr. III. Em.	4	65,50 bz
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	57,90 bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	— —
do. do. 1885	6	— —
do. 5% Anleihe	5	100,10 etbzG
Ital. neue 5% Anleihe	5	73,75 bzB
Ital. Tabak-Oblig.	6	— —
Raab-Grazer 100Thlr.L	4	69,90 bzG
Rumänische Anleihe	8	— —
Türkische Anleihe	5	8,50 B
Ung. 5%St.-Eisnb.-Anl.	5	70 bzB

Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 37,10 G
Türken-Loose — —

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	100,75 G
do. III. v. St.3½g.	3½	85,80 bz
do. do. VI.	4½	99,90 bzG
do. Hess. Nordbahn	5	103,20 bzG
Berlin-Görlitz	5	100,80 G
do.	4½	89,90G, C.82,75G
Breslau-Freib. Lit. F.	4½	— —
do. Lit. G	4½	— —
do. do. H.	4½	— —
do. do. K.	4½	94,50 B
do. von 1876	5	101,75 G
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	93,80 G
do. Lit. B.	4½	— —
do. IV.	4	94,40 bzG
do. V.	4	95,75 B
Halle-Sorau-Guben	4½	101,60 bz
Hannover-Altenbeken.	4½	96,50 G
Märkisch-Posener	5	102,10 G
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	96,75 bzB
do. do. II. Ser.	4	— —
do. do. Obl. I. u. II.	4	97,00 B
do. do. III. Ser.	4	— —
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	— —
do. E.	3½	85,40 G
do. F.	4½	100,90 B
do. G.	4½	— —
do. H.	4½	101,30 G
do. von 1869.	5	101,00 bzG
do. von 1873.	4	91,40 bz
do. von 1874.	4½	100 etbzB
do. Brieg-Neisse	4½	98,75 G
do. Cosel-Oderb.	4	— —
do. do.	5	103,00 B
do. Stargard-Posen	4	93 G
do. do. II. Em.	4½	100 G
do. do. III. Em.	4½	100 G
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	78,00 G
Ostpreuss. Südbahn	4½	— —
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	— —
do. do.	4½	99,75 bzG
Schlesw. Eisenbahn	4½	— —
Chemnitz-Komotau	5	— —
Dux-Bodenbach	5	60,75 G
do. II. Emission	5	51,00 bzG
Prag-Dux	fr.	20,40 G
Gal. Carl-Ludw.-Bahn.	5	87,00 bzB
do. do. neue	5	85,50 G
Kaschau-Oderberg	5	61,20 bzG
Ung. Nordostbahn	5	57,75 bz
Ung. Ostbahn	5	54,60 bz
Lemberg-Czernowitz	5	65,40 G
do. do. II	5	65,50 bz
do. do. III.	5	60,10 G
Mährische Grenzbahn.	5	53,60 G
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	19,90 bz
do. II.	fr.	17,00 G
Kronpr. Rudolf-Bahn	5	67 B
Oesterr.-Französische	3	329,90 bz
do. do. II.	3	316,50 G
do. südl. Staatsbahn	3	238,25 G
do. neue	3	238,75 G
do. Obligationen	5	80,00 etbzB
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	74,40 bz
Warschau-Wien II.	5	94,30 bz
do. III.	5	92 B
do. IV.	5	82,75 B
do. V.	5	76 bz

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T.	3	168,60 bz
do. do.	2 M.	3	167,85 bz
London 1 Lstr.	3 M.	2	20,33 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	2	81,25 bz
Petersburg 100 SR.	3 M.	5½	215,50 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	5½	216,00 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4½	169,75 bz
do. do.	2 M.	4½	168,60 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1876	1877	Zf.	
Aachen-Mastricht	1	—	4	18,80 bz
Berg.-Märkische	3¾	—	4	75,40 bz
Berlin-Anhalt	6	—	4	87,50 bzG
Berlin-Dresden	0	—	4	9,30 bz
Berlin-Görlitz	0	—	4	14,80 bz
Berlin-Hamburg	11	—	4	172,50 bz
Berl.-Potsd-Magdb	3½	—	4	77,10 bzG
Berlin-Stettin	8 9/10	—	4	103,90 bz
Böhm. Westbahn	5	—	5	74,40 bzG
Breslau-Freib.	5	—	4	67,30 bzG
Cöln-Minden	5¼	—	4	95,60 bzB
Dux-Bodenbach.B.	0	—	4	14,90 B
Gal. Carl-Ludw.-B.	7	—	4	103,75 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	—	4	13,80 bzG
Hannover-Altenb.	0	—	4	11,00 bzG
Kaschau-Oderberg	4	—	5	43,70 bz
Kronpr. Rudolfb.	5	—	5	49,40 bzG
Ludwigsh.-Bexb.	9	—	4	179,60 bz
Märk.-Posener	0	—	4	18,70 bzB
Magdeb.-Halberst.	8	—	4	106,00 bz
Mainz-Ludwigsh.	5	—	5	79,00 bzG
Niederschl.-Märk.	4	4	4	96,75 G
Oberschl. A.C.D.E.	9⅜	—	3½	122,60 bz
do.neue(50%Einz.)	—	—	5	— —
do. B.	9⅜	—	3½	115,25 bz
Oesterr.-Fr. St.-B.	5⅖	—	4	433,00-3 bz
Oest. Nordwestb.	5	—	5	186,00 bzG
Oest.Südb.(Lomb.)	0	—	4	124,00 bz
Ostpreuss. Südb.	0	—	4	37,30 bzG
Rechte-O.-U.-B.	6⅖	—	4	98,90 bz
Reichenberg-Pard.	4½	—	4½	37,25 bz
Rheinische	7½	—	4	107,00 bzB
do. Lit. B. (4% gar.)	4	4	4	93,90 bz
Rhein-Nahe-Bahn	0	—	4	9,20 bzB
Rumän. Eisenbahn	0	—	4	25,00 bz
Schweiz Westbahn	⅗	—	4	16,80 bz
Stargard-Posener	4½	4½	4½	101,40 bz
Thüringer Lit. A.	9¼	—	4	111,90 bz
Warschau-Wien	6⅔	—	4	161,50 bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer	0	—	5	34,30 bzG
Breslau-Warschau	0	—	5	21 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	—	5	35,70 bzG
Hannover-Altenb.	0	—	5	23,75 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	0	—	5	20,50 bz
Märkisch-Posener	3¾	—	5	78,30 bzG
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	69,10 etbzG
do. Lit. C.	5	5	5	99,10 etbzG
Ostpr. Südbahn	5	—	5	85,90 bzG
Rechte-O.-U.-B.	6⅖	—	5	107,25 bz
Rumänier	8	—	8	73,00 bzG
Saal-Bahn	0	—	5	15,50 bzG
Weimar-Gera	0	—	5	15,50 bzG

Bank-Papiere.

Alg.Deut.Hand.-G	0	2	4	34,00 G
AngloDeutscheBk.	0	0	4	— —
Berl. Kassen-Ver.	10 7/12	8 4/15	4	145,60 G
Berl. Handels-Ges.	0	—	4	67,50 bzG
Brl.Prd.-u.Hdls.-B.	6½	6	4	82,00 G
Braunschw. Bank.	5	3	4	80,50 bzB
Bresl. Disc.-Bank.	4	3	4	60,50 B
Bresl. Wechslerb.	6⅔	5⅓	4	69,00 G
Coburg. Cred.-Bnk.	4½	5	4	70,75 G
Danziger Priv.-Bk.	7	0	4	103,00 G
Darmst. Creditbk.	6	6¾	4	108,50 bzG
Darmst. Zettelbk.	5¼	5¾	4	96,90 G
Deutsche Bank	6	6	4	91,50 bzG
do. Reichsbank	6⅛	6,29	4½	156,10 bzG
do. Hyp.-B. Berlin	8	7½	4	89,40 B
Disc.-Comm.-Anth.	4	—	4	117,75 bz
do. ult.	4	—	4	117,75-17,75
Genossensch.-Bnk.	5½	5½	4	87,30 G
do. junge	5½	5½	4	95,60 G
Goth. Grundcredb.	8	8	4	102,40 bzG
Hamb. Vereins-B.	10	10 5/9	4	121,75 bzG
Hannov. Bank	5 14/15	6	4	100,75 etbzG
Königsb. Ver.-Bnk.	5⅓	6	4	83,30 G
Ldw.-B.Kwilecki.	5⅓	—	4	46 G
Leipz. Cred.-Anst.	6	5⅔	4	105,00 B
Luxemburg. Bank	6	6½	4	98,10 G
Magdeburger do.	6	5 9/10	4	106,00 G
Meininger do.	2	—	4	73,80 bzG
Nordd. Bank	8	8½	4	134,50 G
Nordd. Grundcr.-B.	5	5	4	73,50 B
Oberlausitzer Bk.	1⅔	3	4	59,50 G
Oest. Cred.-Actien	1¼	8⅛	4	394-93
Posner Prov.-Bank	6⅛	6⅛	4	102,00 G
Pr.Bod.-Cr.-Act.-B.	8	8	4	96,00 bz
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	9½	4	117,00 bzG
Sächs. Bank	8	5¾	4	103,50 G
Schl. Bank-Verein	5	5	4	79,50 G
Thüringer Bank	0	—	4	74,50 bzG
Weimar. Bank	0	—	4	39,00 B
Wiener Unionsbk.	11 1/14	3½	4	110,00 G

In Liquidation.

Berliner Bank	—	—	fr.	7,50 G
Berl. Bankverein	—	—	fr.	39 G
Berl. Wechsler-B.	—	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	—	—	fr.	11,50 G
Deutsche Unionsb.	—	—	fr.	17,00 G
Gwb. Schuster u. C.	0	—	fr.	— —
Moldauer Lds.-Bk.	0	—	fr.	14 B
Ostdeutsche Bank	—	—	fr.	— —
Pr. Credit-Anstalt	—	—	fr.	— —
Sächs. Cred.-Bank	5⅓	—	fr.	104,75 G
Schl. Vereinsbank	0	—	fr.	52,50 B

Industrie-Papiere.

Berl.Eisenb.-Bd-A.	0	—	fr.	620 bzG
D. Eisenbahnb.-G.	0	—	4	4,75 bz
do. Reichs-u.Co.-E.	0	—	4	68,75 bzG
Märk.Sch.Masch.G	0	—	4	13,25 bzG
Nordd. Gummifab.	5	4	4	48,00 G
Westend. Com.-G.	0	—	fr.	— —
Pr.Hyp.-Vers.-Act.	12⅘	8	4	94,30 bzB
Schles. Feuervers.	18	25	4	750 bz
Donnersmarkhütt.	3	—	4	22,50 G
Dortm. Union	0	—	4	6,75 G
Königs- u. Laurah.	2	—	4	73,40 bz
Lauchhammer	0	—	4	17,75 B
Marienhütte	6	—	4	52,50 bz
OSchl. Eisenwerke	0	—	4	— —
Redenhütte	0	—	4	2,50 bzB
Schl. Kohlenwerke	0	—	4	5,25 G
Schl.Zinkh.-Actien	7	—	4	84,00 B
do. St.-Pr.-Act.	7	—	4½	90,10 G
Tarnowitz. Bergb.	0	0	4	30,00 B
Vorwärtshütte	0	—	4	— —
Baltischer Lloyd	—	—	fr.	— —
Bresl. Bierbrauer.	0	0	4	— —
Bresl. E.-Wagenb.	2⅔	—	4	45,90 G
do. ver. Oelfabr.	3½	—	4	47,00 G
Erdm. Spinnerei	0	—	4	11,50 G
Görlitz. Eisenb.-B.	1¾	—	4	46,00 G
Hoffm's Wag.Fabr.	0	—	4	17,00 B
O.-Schl. Eisenb.-B.	0	—	4	31,25 G
Schl. Leinenind.	5½	—	4	56,00 G
do. Porzellan	0	1½	4	35,00 G
Wilhelmsh. MA.	0	—	4	— —

Bank-Discont 4 pCt
Lombard-Zinsfuss 5 pCt

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(W. T.-B.) **Paris**, 24. März, Abends. Boulevard-Verkehr. 3% Renten 72,85, Neueste Anleihe de 1872 109, 60, Türken 1865 —, —, Staatsbahn —, Spanier exter. —, —, Neue Egypter 151, —, Banqu. ottom. —, —, Ital. 73, 02½, österr. Goldrente —, ungar. Goldrente 63⅝, neueste Russen de 1877 85, Chemins égyptiens —, —. Matt.

Berlin, 24. März, 1 Uhr 10 Min. [Privatverkehr.] Credit-Actien 392,00 à 393,00 à 392,50, Franzosen 433,00, Lombarden 124,00, 1860er Loose 104,50 à 104,25, Oesterr. Goldrente 62,40 à 62,50 à 62,40, Silberrente —, Papierrente 52,40 à 52,50 à 52,40, Ungar. Goldrente 75,10, Italiener 73,00 à 72,90, Türken —, 5proc. Russen 83,10 à 83,25 à 83,10, 1877er Russen —, Russische Noten per ult. März 216,50 à 215,50, Rumänier 25,25 à 25,00 à 25,40, do. Obligationen 75,00, Köln-Mindener Bahn 95,25 à 95,00, Bergisch-Märkische Bahn 75,00, Rheinische Bahn 106,75, Galizier 104,50, Disconto-Commandit 117,75 à 118,00, Deutsche Bank —, Laurahütte 73,50, Reichsbank —. Ziemlich fest, geringes Geschäft.

Nachbörse unverändert.

Frankfurt a. M., 24. März, Nachmittag. [Effecten-Societät.] Westbahn 148½, Elisabethbahn 142½, Galizier 208, Franzosen 215¼, Nordwestbahn 92¾, Silberrente 55¾, Papierrente 52⅜, Goldrente 62⅜, Amerikaner de 85 —, —, 1860er Loose 104⅞, 1864er Loose —, —, Ungar. Creditactien 195¾, Oesterreichische Nationalbank 675, 50, Darmstädter Bank 108⅝, Meininger Bank 73¾, Lombarden —, Hessische Ludwigsbahn —, Ungar. Staatslose —, —, do. Schatzanw. alte 100¼, do. do. neue 93⅝, Reichsbank 155, Wiener Wechsel —, Ungar. Goldrente —, neueste Russen 83 5/16. Fest.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 195⅞, Franzosen 215⅜, Galizier —.

Hamburg, 23. März, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 115⅝, Silberrente 56¼, Goldrente 62⅝, Credit-Actien 196, 1860er Loose 106 Franzosen 540½, Lombarden 153½, Italien. Rente 73⅜, Neueste Russen 83⅜, Vereinsb. 122⅛, Laurahütte 72½, Commerzbank 98, Norddeutsche 135½, Anglo-deutsche 31¼, Intern. Bank 73⅝, Amerikaner de 1885 94⅜, Köln-Minden. St.-A. 95, Rhein. Eisenb. do. 106¾, Berg.-Märk. do. 75, Disconto 2¼ pCt. — Matt und still.

Hamburg, 23. März, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco und auf Termine ruhig. Roggen loco und auf Termine ruhig. — Weizen pr. April-Mai 210 Br., 209 Gd., per Juni-Juli per 1000 Kilo 213 Br., 212 Gd. Roggen per April-Mai 150 Br., 149 Gd., per Juni-Juli per 1000 Kilo 147 Br., 146 Gd. Hafer still. Gerste unverändert. Rüböl matt, loco 71, per Mai per 200 Pfd. 69½. — Spiritus still, pr. März 43¾, per April-Mai 43¾, pr. Mai-Juni 44, pr. Juni-Juli pr. 1000 Liter 100% 44½. Kaffee ruhig, Umsatz 1000 Sack. — Petroleum ruhig, Standard white loco 10, 90 Br., 10, 75 Gd., per März 10, 75 Gd., pr. August-December 12, 05 Gd. — Wetter: Schön.

Hamburg, 24. März, Nachm. [Privatverkehr.] Silberrente 56, Papierrente 52½, Goldrente 62½, 1860er Loose 106, Creditactien 196, Franzosen 539½, Lombarden —, neue Russen 83⅝. Geschäftslos.

Wien, 24. März, 12 Uhr 5 M. [Privatverkehr.] Creditactien 231, 20, Franzosen 254,50, Galizier 244,75, Anglo-Austrian 99,00, Lombarden —,—, Papierrente 62,15, Oesterr. Goldrente 73,80, Ungar. Goldrente 88,80, Marknoten 58,95, Napoleons 9,58, Silbercoupons —, Elisabethbahn —. Ganz geschäftslos.

Liverpool, 23. März, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 6000 Ballen. Unverändert. Tagesimport — Bll.

Liverpool, 23. März, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 6000 Ballen, davon für Speculation und Export 500 Ballen. Unverändert.

Pest, 23. März, Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco fest, Termine fester, per Frühjahr 10, 80 Gd., 10, 85 Br. Hafer per Frühjahr 6, 42 Gd., 6, 45 Br. Mais, Banat, per Herbst 7, 20 Gd., 7, 25 Br.

Paris, 23. März, Nachm. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen behauptet, pr. März 32, 25, per April 32, 00, per Mai-Juni 32, 00, per Mai-August 32, 00. — Mehl fest, per März 66, 50, pr. April 66, 75, pr. Mai-Juni 67, 00, per Mai-Aug. 66, 75. — Rüböl steigend, per März 92, 50, per April 92, 75, per Mai-August 93, 00, per September-Decbr. 91, 00, Spiritus weichend, per März 60, 75, per Mai-August 61, 25. — Wetter: Schön.

Paris, 23. März, Nachm. Rohzucker ruhig, Nr. 10/13 pr. März pr. 100 Kilogr. 58, 00, Nr. 5 7/9 pr. März per 100 Kilogr. 64, 25. Weißer Zucker behauptet, Nr. 3 pr. 100 Kilogr. pr. März 67, 75, pr. April 68, 00, per Mai-August 68, 00.

London, 23. März. Havannazucker stetig.

Antwerpen, 23. März, Nachmittags 4 Uhr 30 M. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ruhig. Roggen unverändert. Hafer ruhig. Gerste stetig.

Antwerpen, 23. März, Nachmittags 4 U. 30 M. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 27½ bez. und Br., per März 27½ Br., per April 27½ Br., per September 29½ Br., per September-December 30 Br. Matt.

Bremen, 23 März, Nachm. Petroleum ruhig. (Schlußbericht.) Standard white, loco 10, 75, per April 10,75, pr. Mai-Juni 11, 00 Br., pr. August-December 11, 90 Br.

Hamburg, 23. März. [Spiritus-Notiz.] März 43 Gld., April-Mai 43½ Br., 43 Gld., Mai-Juni 43¾ Br., 43½ Gld., per Juni-Juli 44¼ Br., 44 Gld., Juli-August 45¼ Br., 45 Gld. Behauptet.

G. F. **Magdeburg**, 22. März. [Marktbericht.] Wir hatten in dieser Woche regnigtes, mildes Wetter, nichtsdestoweniger zeigt der Wasserstand der Elbe eine erhebliche Abnahme gegen die Vorwoche. Das Getreide-Geschäft schien sich Anfangs dieser Woche etwas beleben zu wollen und trat namentlich nach Weizen und Gerste etwas lebhaftere Frage ein; leider hat dieselbe nur ganz kurze Zeit angehalten und sind Preise auf ungefähr den alten Standpunkt zurückgekehrt. — Weizen in guter hiesiger Landwaare ist heute mit 207—213 M. zu notiren, Weißweizen 215 bis 220 M., Rauhweizen 192—197 M. für 1000 Kilogr — Roggen noch immer sehr still, guter inländischer 150—155 M., feuchte Sorten bis abwärts 140 M. per 1000 Kilogr. erlassen, russischer fehlt ganz. — Gerste, Chevalier- 200—210 M., feinste darüber bezahlt, gute Mittelqualitäten Landgerste 180—186 Mark, Futtergerste 135—155 Mark per 1000 Kilogramm. — Hafer still, geringere Sorten 125 bis 135 Mark, gute böhmische und hiesige Waare 148 bis 155 Mark für 1000 Kilogramm. Mais mehr angeboten, russischer und rumänischer 147—150 M., amerikanischer 140—143 M. für 100 Klg. — Oelsaaten wenig umgesetzt. Raps nicht angeboten. Rübsen 310—325 M. Leinsaat 250—280 M. Dottersaat 240—260 M. Mohn 380—400 M. für 100 Klg. — Rüböl 69—70 M. Mohnöl 115—120 M. Rapskuchen 15—16 M. für 100 Klg. — Gedarrte Cichorienwurzeln 17 M. für 100 Klg. auf Lieferung pr. Herbst d. J. 15 M. mit 6 M. für 100 Klg. Angeld. — Gedarrte Runkelrüben 13,50—14 M. für 100 Klg. — Spiritus sehr stilles Geschäft. Kartoffelspiritus loco ohne Faß 52,8—53—53,5—53—53,5 M. für 10,000 Liter-pCt. bezahlt, auf Termine ohne Umsatz. Rübenspiritus prompte Lieferung und per März 51,75 bis 52—51,75—52 M. per 10,000 Liter-pCt. bezahlt, per April und Mai im Verbande mit 52,50 M., per April bis September mit 53 M. angeboten, ohne Nehmer zu finden.

Wien, 23. März. [Der Verwaltungsrath der Karl-Ludwigsbahn] hat beschlossen, die Superdividende pro 1877 auf 8 Fl. 40 Kr. festzusetzen und den Julicoupon, einschließlich der halbjährigen Zinsen, mit 14 Fl. 65 Kr. einzulösen.

Wien, 24. März. [Wochenausweis der gesammten Lombardischen Eisenbahn] vom 12. bis zum 18. März 1,273,763 Fl., gegen 1,217,551 Fl. der entsprechenden Woche des Vorjahres, mithin Mehreinnahme 56,212 Fl.

Wien, 24. März. [Die Einnahme des italienischen Netzes] in der Woche vom 12. bis zum 18. März betrug 665,293 Fl., die Mehreinnahme desselben 23,482 Fl., die Gesammtmehreinnahme des italienischen Netzes seit 1. Januar c. 45,327 Fl., die Gesammtmehreinnahme des österreichischen Netzes vom 1. Januar c. 46,865 Fl.

Wien, 23. März. [Die Einnahmen der Carl-Ludwigsbahn] betrugen in der Zeit vom 11. bis 20. März 272,915 Fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Zeit des Vorjahres eine Mehreinnahme von 12,521 Fl.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

März 23. 24.	Nachm. 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.	Morgens 6 Uhr.
Luftwärme	+ 1°,5	+ 0°,3	— 0°,4
Luftdruck bei 0°	326''',47	326''',08	326''',40
Dunstdruck	2''',08	2''',05	1''',78
Dunstsättigung	91 pCt.	100 pCt.	92 pCt.
Wind	SO. 0.	NO. 1.	NW. 1.
Wetter	Schnee.	Schnee.	heiter, Ncht. Schnee

März 24. 25.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftwärme	+ 2°,8	+ 0°,1	— 1°,3
Luftdruck bei 0°	326''',47	326''',85	326''',83
Dunstdruck	1''',58	1''',63	1''',58
Dunstsättigung	62 pCt.	81 pCt.	89 pCt.
Wind	NW. 1.	NW. 1.	NW. 1.
Wetter	bedeckt.	heiter.	bedeckt, Reif.

Breslau, 25. März. [Wasserstand.] O.-P. 5 M. 40 Cm. U.-P. 1 M. 18 Cm.

London, 23. März. [Bei der gestrigen Wollauction] waren Capwollen besonders scoured, sehr fest.

Newyork. 23. März. Nach aus Havanna hier vorliegenden Nachrichten haben sich die Aussichten für die Zuckerernte in Folge anhaltender und starker Regengüsse um 30 bis 35 pCt. vermindert.

Triest, 23. März. Der Lloyddampfer „Saturno" ist mit der ostindisch-chinesischen Ueberlandspost aus Alexandrien heute Abend 6½ Uhr eingetroffen.

Newyork, 23. März. Der Dampfer „Denmark" der National-Dampfschiffs-Compagnie (C. Messing'sche Linie) und der Dampfer des norddeutschen Lloyd „Donau" sind hier eingetroffen.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.